

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2025



Historische Würdigung zum Gedenken an die Opfer von Stacheldraht und Mauer in Helmstedt/Marienborn

Dritter Bundesfrauenkongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und DDR in Dessau

DDR-Bürgerrechtler – „Ich kann damit leben, was ich getan habe.“

Sybille Krägel erhält Bundesverdienstkreuz am Bande

Inhalt

Aktuell

- 3 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstellen Leipzig, Rostock, Erfurt, Berlin Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 4 Stiftung Aufarbeitung Berlin Deutsche Gesellschaft e.V. – Parteiendemokratie in Bewegung
- 5 Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- 6 Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Aufarbeitung

- 6 Aufarbeitung der kirchlichen Stasi-Tätigkeiten?
- 7 Einweihung der Tafel „Frauenorte Sachsen“ in der Gedenkstätte Hoheneck
- 8 DDR-Bürgerrechtler – „Ich kann damit leben, was ich getan habe.“
- 9 Systematische Zwangsarbeit in Kubas Gefängnissen? Radio in the American Sector
- 10 Was Menschen Menschen antun!

Berichte

- 11 Historische Würdigung zum Gedenken an die Opfer von Stacheldraht und Mauer in Helmstedt/Marienborn
- 12 Gedenken an Fred Woitke *16.10.1949 – † 21.04.1973
- 13 Nürnberg erinnerte der Opfer der Vertreibung vor 80 Jahren
- 14 Dritter Bundesfrauenkongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und DDR in Dessau
- 16 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 17 Mais ist Wurst am Stiel

Geschichte

- 18 Die Feuerwehrgeschichte Hermann Koebe Luckenwalde

Verbände

- 19 Neuer Bundesvorstand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)
- 20 Sybille Krägel erhält Bundesverdienstkreuz am Bande Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e. V.
- 21 Nachruf auf Egon Seel
Nachruf auf Heini Fritsche
- 22 Ehrung für Edda Ahrberg
- 23 Menschenrechtszentrum Cottbus ruft zu Spenden für mobiles Röntgengerät auf

Service/Bücher

- 23 Alles, um zu überleben...

Hintergrundfotos

Umschlagseite: Henning Pietzsch, Christian Sachse
Rückseite: Lagergemeinschaft Workuta/Gulag Sowjetunion

Umschlagbild

„USERER OSTDEUTSCHEN HEIMAT ZUM STETEN GEDENKEN.“ Gedenkstein in Friedrichshafen am Bodensee.

Foto: Henning Pietzsch

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 03. Oktober 2025 haben wir erneut den Tag der Deutschen Einheit gefeiert – dieses Jahr ausgerichtet vom Saarland mit einem Bürgerfest und offiziellen Veranstaltungen in Saarbrücken. Wie immer war es ein Tag voller Begegnungen, Gemeinschaft und Freude.

Diese Freude, die beim Bürgerfest in Saarbrücken spürbar war, spiegelt sich aus meiner Sicht jedoch nicht in den öffentlichen Debatten oder in der allgemeinen Stimmung vieler Menschen wider. Ganz offen gesagt: Die anhaltende Diskussion um eine angebliche Benachteiligung der „Ostdeutschen“ erscheint mir zunehmend schwer nachvollziehbar.

Natürlich – wenn es um Repräsentanz in Führungspositionen oder um Vermögensverhältnisse geht, gibt es Unterschiede. Aber von „Zurücksetzung“ zu sprechen, greift aus meiner Sicht zu kurz. Ich erinnere daran: Wir hatten mit Angela Merkel 16 Jahre lang eine ostdeutsche Bundeskanzlerin. Auch das Amt des Bundespräsidenten und des Bundestagspräsidenten war bereits in ostdeutscher Hand. Die drei höchsten Ämter im Staat waren somit fest in der Verantwortung ostdeutscher Persönlichkeiten – und das zu Recht.

Trotzdem wird oft so getan, als würden die „Wessis“ uns Ostdeutsche überrollen oder übergehen. Ja, es stimmt: Strukturen, Netzwerke und wirtschaftliche Entwicklungen, die sich in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg gebildet haben, lassen sich nicht innerhalb weniger Jahre aufholen. Und ja – die kommunistische SED-Diktatur hat uns jahrzehntelang daran gehindert, Vermögen aufzubauen und unsere Potenziale voll zu entfalten. Wäre das anders gewesen,



Foto: Dombrowski

gäbe es heute sicher auch mehr ostdeutsche Millionäre.

Dass manche Medien und Akteure daraus immer wieder ein gesellschaftliches Problem konstruieren wollen, ist offensichtlich – aber es spiegelt nicht die Realität vieler Menschen wider. Ich finde, wir haben allen Grund, stolz und dankbar zu sein – für das, was wir gemeinsam erreicht und aufgebaut haben. Und wie Kurt Tucholsky schon vor über 100 Jahren sagte: „Auch wenn ein Deutscher nichts hat, Bedenken hat er“.

Lassen Sie uns also nicht in die altbekannten Klagen verfallen, sondern gemeinsam die Freude darüber spüren, dass wir das Kapitel der kommunistischen Diktatur hinter uns gelassen haben. Da dies die letzte Ausgabe des Stacheldrahtes 2025 ist, wünsche ich Ihnen vorab besinnliche Weihnachten und kommen Sie gut ins neue Jahr. In diesem Sinne, bleiben Sie gesund und aufrecht!

Ihr Dieter Dombrowski

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv

Außenstelle Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 26. November 2025, 11.00 Uhr

Titel: Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“.

Hinweis: Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an

leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Wechselausstellungen

01. Juli bis 31. Dezember 2025

Titel: Frauen im geteilten Deutschland. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Clara Marz (2025).

05. August bis 31. Dezember 2025

Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel. Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dauerausstellung

– Überwachen. Verängstigen. Verfolgen. – Stasi. Die Geheimpolizei der DDR. Die Ausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs vermittelt wichtige Grundkenntnisse über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

Öffnungszeiten der Ausstellungen: Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr; Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr. Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei. Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24, 04109 Leipzig, Telefon: 0341/2247-3211

E-Mail: leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/leipzig

Außenstelle Rostock

Bürgerberatung

Dienstag, 02. Dezember 2025, 13.00–17.00 Uhr

Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen? Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Vortrag und Gespräch

Donnerstag, 20. November 2025, 18.00 Uhr

Rockmusik als Risiko für den SED-Staat.

Referent: Thomas Purschke (Publizist)

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Dienstag, 25. November 2025, 13.00–17.00 Uhr

Informationstag, Beratung zu Stasi-Unterlagen und DDR-Unrecht Stadtbibliothek Wismar, Ulmenstraße 11 (Zeughaus), 18055 Rostock

Dienstag, 25. November 2025, 18.00 Uhr

Vortrag und Gespräch: Geheimtransporte über die Ostsee. Mit Wismarer Fähren im Kalten Krieg

Referent: Wolfgang Klietz (Journalist, Hamburg)

Stadtbibliothek Wismar, Ulmenstraße 11 (Zeughaus),

18055 Rostock

Außenstelle Erfurt

Die Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung am 04. Dezember 1989 in Erfurt

„Gardinenkrieg mit der Stasi – Eine Thüringer Familie kämpft um ihre Ausreise“ zeigt am Beispiel der Operativen Personenkontrolle „Sonne“, welchen Maßnahmen der Staatssicherheit und der Innenbehörde der Volkspolizei die betroffene Familie ausgesetzt war, wie der Wunsch nach Ausreise ihren Alltag beeinflusste und sogar auf die Wahl des Fensterschmucks Einfluss nahm. In diesem Zusammenhang wird das Wirken der Abteilung Inneres dargestellt, die überall in der DDR Druck auf Ausreisewillige ausübte und eng mit dem Staatssicherheitsdienst zusammenarbeitete.

Donnerstag, 04. Dezember 2025

15.00 und 17.00 Uhr Archivführung

16.00 Uhr Szenische Lesungen aus Stasi-Akten „Gardinenkrieg mit der Stasi“ und „Bloß weg von hier!“ Referenten: Andreas Bogoslawski und Thilo Günther (Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv)

Ort: Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

Das Angebot ist kostenfrei.

Ausstellungen: „Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur“, „Der Petersberg im Spiegel der Stasi-Akten“ sowie „Sicherungsbereich DDR“. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Einsicht in Stasi-Unterlagen zu stellen. Dafür ist ein gültiges Personaldokument erforderlich.

Führungen: Jeden 3. Donnerstag im Monat Führungen durch das Archiv. Rund 4,5 Regalkilometer Akten, etwa 1,7 Millionen Karteikarten sowie zahlreiche Fotos, Filme und Dias verwahrt



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 25. November 2025, 18.00 Uhr

PD Dr. Udo Grashoff, der Wissenschaftliche Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut referiert zu seinem Buch: GEFAHR VON INNEN – Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Udo Grashoff unternimmt die erste systematische Analyse der Erscheinungsformen von Verrat in der illegal tätigen KPD im »Dritten Reich«.

Dienstag, 09. Dezember 2025, 18.00 Uhr

Ursula Popiolek, die Gründerin, langjährige Bibliotheksleiterin und aktive Vorstandsvorsitzende des Fördervereins stellt ihr Buch vor: Vor 200 Jahren – Der Dekabristen-Aufstand vom 14. Dezember 1825. Würdigung der ersten revolutionären Erhebung in Rußland. Zum Jahresausklang Punsch und Gebäck.

Öffnungszeiten: Montag–Donnerstag, 10.00–18.00 Uhr sowie nach Vereinbarung.

Spendenkonto des gemeinnützigen Fördervereins Gedenkbibliothek bei: Deutsche Bank DE38 1007 0848 0624 1822 00, BIC: DEUTDE33

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)

Tel.: 030 – 283 43 27

www.Gedenkbibliothek.de

das Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt in seinen Beständen. Bei den Führungen erfahren die Besucherinnen und Besucher Wissenswertes über das Wirken und die Arbeitsweise der Stasi. Welche Rolle spielte die DDR-Geheimpolizei im täglichen Leben? Wie arbeitete sie und welchen Einfluss übte sie aus? Wie werden ihre Akten heute zur Aufarbeitung genutzt?

Berlin Freedom Week

Lesebühne, Ausstellungen, Stadtführungen, Publikationen zu den Themen DDR, Staatssicherheit und Diktatur.

11. Dezember 2025 um 17.00 Uhr, Eröffnung der Wanderausstellung „Jugendstrafvollzug in der DDR“. Bis zum 11. Februar 2026 auf dem Campus für Demokratie, Haus 22 täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr, **Eintritt frei**. Der Veranstaltungsort ist barrierefrei. Anmeldung per Mail an s.czech@uokg.de.

18. November 2025, 18.30 Uhr,
Lesung Clemens Böckmann: Was du kriegen kannst

25. November 2025, 18.30 Uhr,
Lesung Philipp Springer: Die Hauptamtlichen

02. Dezember 2025, 18.30 Uhr,
Lesung Norbert F. Pötzl: Das Schattenreich des Alexander Schalck-Golodkowski

Die Berlin Freedom Week wurde initiiert von der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Axel Springer Freedom Foundation und dem World Liberty Congress, dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie visitBerlin und unter Beteiligung der UOKG und der Gedenkstätte Lindenstraße

Wo: Campus für Demokratie, Haus 7, Ruschestraße 103, 10365 Berlin (U-Bahnhof Magdalenenstraße)

Teil der Berlin Freedom Week 08.–15. November 2025, www.berlin-freedom-week.com, <https://www.uokg.de/>. <https://tinyurl.com/5c86hm4h>

Ausstellung „Einblick ins Geheime“

Wochenendführungen: „Einblick ins Geheime: Führung zum Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort“.

Ort: Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Normannenstraße 21a, Haus 7, 10365 Berlin.

Telefon: (030) 18 665- 6699

E-Mail: veranstaltungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

E-Mail: einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de

Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv, Frankfurter Allee 204, 10365 Berlin, Telefon: (030) 18 665-6699

Der Eintritt ist frei.



Stiftung Aufarbeitung Berlin

Erinnerung als Integrationsprojekt – Umfrage der Bundesstiftung Aufarbeitung zum Tag der Deutschen Einheit

Zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit am 03. Oktober zeichnet eine repräsentative Forsa-Umfrage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ein zwiespältiges Bild: Einerseits ist die Zustimmung zur Aussage, dass Ost und West „weitgehend zusammengewachsen“ seien, deutlich zurückgegangen und liegt heute mit 35 Prozent wieder auf dem Niveau der frühen 2000er-Jahre. Andererseits herrscht ein überwältigen-

der Konsens darüber, dass die Auseinandersetzung mit der DDR, der deutschen Teilung und den Entwicklungen seit 1990 unverzichtbar bleibt. Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, erklärt: „Die Ergebnisse zeigen, wie fragil das Empfinden der Einheit ist – und zugleich, dass die gemeinsame Erinnerungskultur das stärkste Band unserer Gesellschaft bildet.“

Im Osten meinen nur 23 Prozent, dass Deutschland ein Volk geworden sei, nachdem die Zustimmung 2017 zeitweilig auf 43 Prozent gestiegen war. Im Westen ist die Zustimmung ebenfalls gesunken und

liegt derzeit bei 37 Prozent. Auffällig ist der Unterschied zwischen den Generationen: Fast die Hälfte der unter 30-Jährigen sieht das Land als zusammengewachsen, bei den über 60-Jährigen sind es nur 25 Prozent. Auch nach Parteien gibt es Unterschiede: CDU/CSU-Anhänger sind mit 45 Prozent Integrationsoptimisten, während SPD- und Grünen-Anhänger mit 29 Prozent am zurückhaltendsten sind. AfD- (36 Prozent) und Linke-Wähler (38 Prozent) liegen beim Einheitsempfinden leicht über dem Durchschnitt.

Die überwältigende Mehrheit der Befragten hält die Beschäftigung mit der DDR

Deutsche Gesellschaft e.V.

Parteiendemokratie in Bewegung – Zwischen Vertrauenskrise, Reformbedarf und demokratischer Erneuerung

Die politischen, gesellschaftlichen und medialen Rahmenbedingungen verändern sich rasant und stellen bewährte Strukturen, Kommunikationsformen und Beteiligungsmöglichkeiten immer wieder neu auf die Probe. Die Deutsche Gesellschaft e. V., die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Wissenschaft und Demokratie und die Gemeinnützige Hertie-Stiftung laden zum XXIX. Theodor-Litt-Symposium ein. Unter der Leitfrage „Wie kann eine zeitgemäße und zukunftsfähige Parteiendemokratie gestaltet werden – und welche Rolle spielt politische Bildung in diesem Prozess?“ bietet das Symposium Raum für Austausch über Zustand, Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Parteiendemokratie. Ziel ist es, konkrete Impulse für eine demokratiestärkende politische Bildung und neue Formen gesellschaftlicher Beteiligung zu gewinnen.

Ort: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

Zeit: 02. Dezember 2025, 10.00–17.15 Uhr

Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 28. November 2025 gebeten, bitte an: litt2025@deutsche-gesellschaft-ev.de

Sie können die Veranstaltung auch im Livestream über den YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V. verfolgen. Ausführliche Informationen zum Programm: <https://tinyurl.com/5n84fywv>

und der SED-Diktatur für wichtig oder sehr wichtig. Besonders hoch ist die Zustimmung bei den unter 30-Jährigen (95 Prozent). Für die Direktorin der Bundesstiftung Kaminsky ist damit klar: „Erinnerung an die DDR ist kein Ost-Thema, sondern ein Zukunftsthema“. Anhänger der Grünen (96 Prozent) und der Linken (97 Prozent) befürworten eine intensive Auseinandersetzung nahezu geschlossen, dicht gefolgt von CDU/CSU (86 Prozent) und SPD (85 Prozent). Selbst bei der AfD liegt die Zustimmung noch bei 76 Prozent. Die Unterschiede verlaufen weniger zwischen Parteien als zwischen Generationen: Während die große Mehrheit der Jüngeren die Aufarbeitung für unverzichtbar hält, ist die Zustimmung bei Älteren schwächer ausgeprägt.

Eine noch größere Mehrheit spricht sich dafür aus, dass Erinnerungskultur nicht mit den Jahren 1989/90 endet, sondern auch die Entwicklungen seit 1990 in Ost und West berücksichtigt. Diesen Befund bezeichnet die Stiftung als einen außergewöhnlichen Konsens in einer ansonsten stark polarisierten Gesellschaft. Dr. Anna Kaminsky unterstreicht: „Wenn das Gefühl des Zusammenwachsens nachlässt, gewinnt die gemeinsame historische Auseinandersetzung an Bedeutung. Erinnerung wird so zum neuen Integrationsprojekt, das Bindung schafft, wo ökonomische und soziale Angleichung allein nicht ausreichen.“

Und Kaminsky resümiert: „Die Umfrage lehrt, dass Einheit Erinnerungspolitik ist. Wer die Einheit sichern will, muss die Erinnerungskultur pflegen. Aufarbeitung ist nicht nur Rückschau, sondern Zukunftsaufgabe – gerade mit Blick auf die kom-

menden Jahre bis zu den 40. Jahrestagen der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung.“

Die Umfrageergebnisse finden Sie hier: bundesstiftung-aufarbeitung.de/umfrage2025

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2026“ erschienen: Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2026 ist erschienen. Er möchte seine Leser durch das kommende Jahr begleiten und dabei nicht nur an ihre Termine in der Gegenwart erinnern. Die im Kalender dokumentierte Chronik wirft Tag für Tag in kurzen Ereignismeldungen Schlaglichter auf zentrale Entwicklungen der Transformationszeit 1991 bis 1995 in Deutschland, Mittel- und Osteuropa.

Im Fokus stehen Chancen und Herausforderungen des Wandels, die sich nach den demokratischen Revolutionen 1989/90 im östlichen Europa und der deutschen Einheit 1990 ergaben – demokratische Aufbrüche, wirtschaftliche Umwälzungen, nationale Unabhängigkeitsbewegungen und die Bestrebungen für eine neue europäische Friedensordnung nach dem Kalten Krieg. Dem Kalendarium ist zudem eine Übersicht über eine Vielzahl weiterer Ereignisse der deutschen und europäischen Geschichte ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts vorangestellt, die sich 2026 jahren. **Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.**

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können für 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 oder per E-Mail an buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de bestellt werden.

Karl-Wilhelm-Fricke-Preis 2026

Im kommenden Jahr feiert die Bundesstiftung Aufarbeitung ein besonderes Jubiläum: Zum zehnten Mal wird der Karl-Wilhelm-Fricke-Preis verliehen. Seit 2017 wurden bereits 35 Persönlichkeiten, Initiativen, Projekte oder Institutionen für ihr herausragendes Engagement für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage ausgezeichnet. Auch für das Jahr 2026 können wieder Vorschläge eingereicht werden. Wenn Sie eine Person, ein Projekt oder eine Organisation kennen, die sich in besonderer Weise für die Aufarbeitung von Diktaturen und die Stärkung demokratischer Kultur einsetzt, freuen wir uns über Ihre Empfehlung. Nutzen Sie dazu einfach unser Vorschlagsformular auf der Website der Bundesstiftung Aufarbeitung: <https://tinyurl.com/4xctmy93>

Die Ausschreibung läuft bis zum

16. November 2025. Der Preis wird in drei Kategorien verliehen: Neben dem mit 20.000 Euro dotierten Hauptpreis werden ein mit 5.000 Euro dotierter Sonderpreis und ein mit 3.000 Euro dotierter Nachwuchspreis vergeben. Im Jahr 2025 wurden der Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, das Neißer Filmfestival sowie die Initiative „(K)Einheit“ geehrt. Einen Mitschnitt der Preisverleihung finden Sie in unserer Mediathek. **Die Ehrung der Preisträgerinnen und Preisträger findet am 11. Juni 2026** in einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin statt. >>>

Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Beratungstermine in der Landeshauptstadt Magdeburg im November und Dezember 2025 finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg Montag bis Donnerstag von 09.00 bis 15.00 Uhr, Freitag von 09.00 bis 13.00 Uhr, oder nach Vereinbarung, statt. Eine Anmeldung ist unter Telefon 0391/560-1505 oder E-Mail info@lza.lt.sachsen-anhalt.de erforderlich. Weitere Termine in Halle (Saale) im Zeit-Geschichte(n) e. V., dem Landkreis Harz im Rathaus Halberstadt, Landkreis Börde in Haldensleben, Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Rathaus Zerbst und im Altmarkkreis Salzwedel in der Hansestadt Salzwedel.

Neben der Beratung in Rehabilitierungsfragen bietet der Psychologe Christian Teuber, Mitarbeiter des Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt, Betroffenen die Möglichkeit zum Austausch in einer **Gesprächsgruppe** an. Interessierte können sich unter E-Mail: kkremkau@paritaet-lsa.de oder telefonisch unter 03904/49 840 119 melden.

Ort: Der Paritätische – Selbsthilfekontaktstelle LK Börde, EHFA Mehrgenerationenhaus, Gröperstr. 12, 39340 Haldensleben, Ansprechpartnerin: Kathleen Kremkau, Mobil: 0151/27070744 oder Festnetz: 03904/49 840 119, E-Mail: kkremkau@paritaet-lsa.de

Eine Anmeldung ist jeweils unter Telefon 0391/560-15 05 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) erforderlich, wenn nicht extra ausgewiesen. Weitere Orte und Termine für Sachsen-Anhalt finden Sie unter: Internet: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/>

Ausstellung: Orte der Repression in Sachsen-Anhalt 1945–1989 <https://tinyurl.com/5n7cza9m>

Weitere Informationen zum Karl-Wilhelm-Fricke-Preis finden Sie unter:
<https://tinyurl.com/4rszn8w>

Für Rückfragen stehen wir Ihnen unter kwf-preis@bundesstiftung-aufarbeitung.de sehr gerne zur Verfügung.

Frauen in der DDR: Bundesstiftung Aufarbeitung veröffentlicht neue Folge in der Videoreihe „Backstage DDR“

Ab sofort ist die neue Folge der Videoreihe „Backstage DDR“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur online. Die knapp zehnminütige Episode trägt den Titel „Frauen in der DDR“ und erscheint rechtzeitig zum 35. Jahrestag der deutschen Einheit. Sie ist kostenfrei abrufbar www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/backstageddr-frauen.

Das Video beleuchtet die Lebenswirklichkeit von Frauen in der DDR jenseits

der bis heute fortwirkenden staatlichen Propaganda. Nach wie vor gilt die DDR als Vorreiterin der Frauenemanzipation. Zwar waren über 90 Prozent der Frauen berufstätig, doch tatsächliche Gleichstellung blieb vielfach aus. Eine Übersicht aller Folgen der Reihe ist abrufbar unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/backstageddr.

Internationale Gedenkstättenagung Kreisau/Krzyzowa 08.–11. April 2026

Unter dem Titel „Transformation und Dissens – Gedenken in Europa seit 1989“ wollen wir gemeinsam mit Ihnen diskutieren, wie sich Erinnerungsorte und Gedenkstätten seit den Umbrüchen von 1989/90 verändert haben – und wie konfliktreich, vielstimmig und dynamisch Erinnerungskulturen bis heute gestaltet werden. Erinnerung entsteht selten im Konsens, sondern lebt vom Dissens, der auch produktiv sein kann, wenn er sicht-

bar gemacht wird. Dabei möchten wir nicht nur Fachleute aus Gedenkstätten und Museen ansprechen, sondern auch Multiplikatoren der Erinnerungsarbeit, die in Bildung, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit neue Impulse setzen.

In fünf thematischen Panels werden wir u.a. Orte des Dissenses, die Rolle der Zivilgesellschaft, Generationen und Narrative, transnationale Debatten sowie die Zukunft der Erinnerung und KI beleuchten.

Die Tagung möchte Fachleuten und Multiplikatoren eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung bieten und Impulse für eine demokratische Erinnerungskultur setzen.

Ort der Veranstaltung:

Krzyżowa/Kreisau, Krzyżowa 7, 58112 Grodziszczce

Internet: <https://tinyurl.com/y6fcndfb> 

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Demokratie braucht Räume. Veranstaltungsreihe zum Forum Opposition und Widerstand.

In der Veranstaltungsreihe „Demokratie braucht Räume“ suchen wir nach dem Platz von Protest, Widerstand und demokratischem Engagement gegen die kommunistische Diktatur in der DDR in der heutigen Erinnerungskultur. Das Forum Opposition und Widerstand soll künftig Raum dafür geben.

Internet: <https://www.havemann-gesellschaft.de/beitraege/fow/>

„Mein Kiez. Geschichte(n) des geteilten Berlins“ Im November und Dezember wird die Reihe fortgesetzt.

Information: <https://www.aufarbeitung-berlin.de/veranstaltungen/mein-kiez>

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)
 Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin, Telefon (030) 24 07 92 – 0
www.aufarbeitung-berlin.de

Aufarbeitung der kirchlichen Stasi-Tätigkeiten?

Pfarrer Eckart Giebeler (*13. Oktober 1925, † 2. März 2006) war einer der wichtigsten Anstaltsgeistlichen in der DDR. Von 1959 bis 1989 war er als Inoffizieller Mitarbeiter „Roland“ des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) tätig. Giebeler war von 1966 bis 1990 der einzige hauptamtliche „Geistliche im Strafvollzug“ der DDR.

Er war formal mit einem militärischen Rang (Major) der Gefängnisverwaltung versehen. Für die seelsorgerische Betreuung der politischen Häftlinge war er insbesondere in Bautzen Cottbus, Hoheneck,

Halle, Leipzig und so weiter zuständig. Giebeler war für viele Häftlinge eine seelische Stütze und überbrachte gelegentlich auch Briefe von Familienangehörigen. Doch betrieb er als Spitzel der Stasi ein doppeltes Spiel und verriet viele vertrauliche Informationen der politischen Häftlinge an das MfS. Auch verwerte er einigen politischen Häftlingen die Teilnahme an seinem Gottesdienst und berichtete der Stasi sogar über vier Augen Gespräche mit Inhaftierten Glaubensbrüdern. **Wo ist die Aufarbeitung der kirchlichen Stasi-Tätigkeiten aus dem ehemaligen Bezirk Neubrandenburg?**

Hinweis: Öffentliche Erklärung der Kirchenleitung zur Tätigkeit von Eckart Giebeler, Gefängnisseelsorger in der DDR und inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Veröffentlicht am 21.11.2023. Internet: <https://tinyurl.com/bddvku8y>

Buch: Marianne Subklew-Jeutner: Schattenspiel. Pfarrer Eckart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi. Schriftenreihe der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Band 12 2019, 456 S., ISBN: 978-3-86331-498-9

André Rohloff

Einweihung der Tafel „Frauenorte Sachsen“ in der Gedenkstätte Hoheneck

Am 10. Oktober 2025 wurde in der Gedenkstätte Hoheneck die 46. „Frauenorte Sachsen“ – Tafel feierlich eingeweiht. Der Landesfrauenrat Sachsen e.V. und die Gedenkstätte Hoheneck luden gemeinsam zur Einweihung in das ehemalige zentrale Frauengefängnis der DDR ein. Zwischen 1950 und 1989 waren in Hoheneck 24.000 Frauen inhaftiert, 8.000 von ihnen aus politischen Gründen. Die Bedingungen in Haft waren geprägt von Enge, Kälte, mangelnder Versorgung, von harter Arbeit und Schikanen durch das Personal.

Die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist die Verfasserin des Tafeltextes. Sie begrüßte diese besondere Würdigung ausdrücklich, auch wenn sie auf dem ersten Blick irritierend erscheint. Denn mit den „Frauenorten“ würdigt der Landesfrauenrat eigentlich Frauen, die auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, kulturellem und/oder sportlichem Gebiet besondere Leistungen vollbracht haben. In Hoheneck gab es bisher nichts dergleichen. Im Gegenteil, solcherlei Ambitionen wurden in der Vergangenheit eher systematisch verhindert. Dennoch sei die 46. „Frauenorte Sachsen“ – Tafel in Hoheneck genau richtig, denn: „Hoheneck

steht exemplarisch für die Unterdrückung weiblicher Stimmen in einem autoritären Staat, aber auch für ihren Mut und ihre Standhaftigkeit“ – so Dr. Nancy Aris in ihrem Tafeltext. Die Sächsische Landesbeauftragte erinnerte damit an die Schicksale der Frauen und setzte deren Erfahrungen in einen historischen Kontext.

Forum für politisch Verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.

Auf Einladung des Frauenrates Sachsens e.V. war zur Einweihung stellvertretend für die Vorsitzende Konstanze Helber Margitta Beck in Stollberg anwesend. Mit einem Redebeitrag trug sie dazu bei, diesen Ort zu beschreiben. Ihre Haftzeit war 1978/79. Zitat: „Ich zittere immer noch bei jedem Besuch auf Hoheneck“

Freiheit war unsere Hoffnung, Erinnern ist unser Auftrag

Das Erinnern an die Erlebnisse der Betroffenen, das Bewältigen dieser schmerzvollen Zeit, aber auch das Brückenschlagen in die Gegenwart, ist uns allen, die wir heute Ihrer gedenken an diesem Ort, dem Frauengefängnis Hoheneck, ist uns Frauen ein wichtiges Anliegen. Mit der

Tafeleinweihung wird ein Ort zum Erinnern geschaffen, ein Ort des Gedenkens, ein Ort Lernens, aber auch einer des Mahnens, dass Freiheit und Menschenwürde das höchste Gut unserer Gesellschaft sind. Danke für die Wertschätzung! Möge das Gedenken der zukünftigen Generation Mut machen.

Konstanze Helber und Margitta Becke

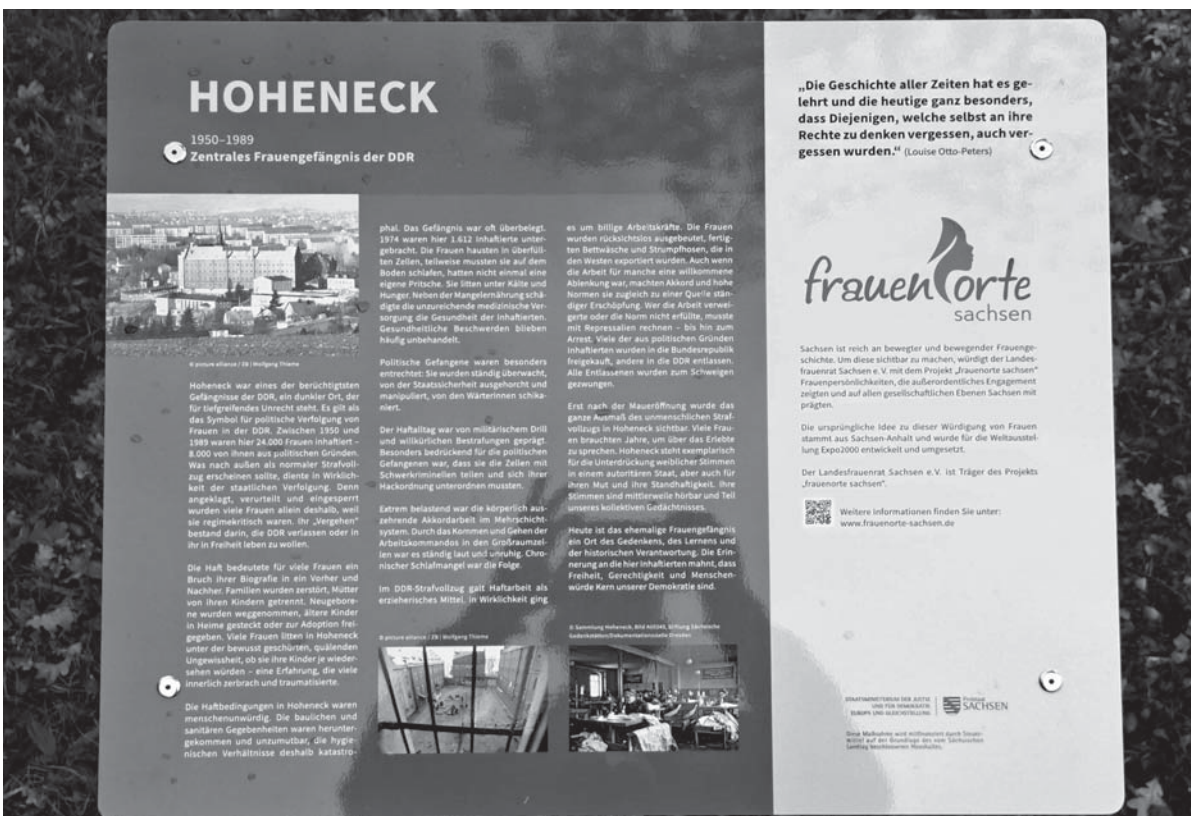
Ein Gedicht zum Mut machen.

Backsteinschwer und Federleicht
Manchmal liegt die Last des Lebens
backsteinschwer auf meiner Seele.
Dann stelle ich mir vor
die Backsteine
seien Federn
und puste.

Susanne Oswald

Internet: <https://tinyurl.com/2mmc5veb>;
<https://tinyurl.com/5f37rpkb>;
<https://www.frauenorte-sachsen.de/>;
<https://lasd.landtag.sachsen.de/de>

Besucheradresse: Devrientstraße 1,
01067 Dresden
Telefon: 0351 493 3700



Tafel des Frauenortes. Foto: J. Walthelm, Gedenkstätte Hoheneck

DDR-Bürgerrechtler – „Ich kann damit leben, was ich getan habe.“

Die Bilder der friedlichen Revolution von 1989 sind Teil des kollektiven Gedächtnisses: Menschen auf der Mauer, die für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen. Doch was geschah mit den zentralen Akteuren dieses historischen Moments, den Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern? Ihre Wege nach der Wiedervereinigung waren komplexer, schmerzhafter und überraschender, als es die idealisierte Rückschau oft vermuten lässt.

Die überraschende Wahrheit.

Viele wollten die DDR reformieren, nicht abschaffen. Dies offenbart ein grundlegendes, im Westen oft übersehenes Paradoxon der friedlichen Revolution: Viele ihrer Architekten wollten ihre Heimat retten, nicht sie auflösen. Für die Aktivisten der ersten Stunde war das primäre Ziel nicht die deutsche Einheit, sondern die Schaffung einer offeneren, besseren DDR. Sie wollten, wie Antje Hermenau es beschrieb, „das Beste von beiden“ Systemen nehmen und etwas Neues schaffen. Ihr Verfassungsentwurf vom Runden Tisch enthielt visionäre Ideen wie die Verankerung des Rechts auf Wohnen und des Rechts auf Arbeit.

Diese Perspektive ist entscheidend

Die brutale Realität dieser Niederlage offenbarte sich am Wahlabend des 18. März 1990: Die vereinigten Bürgerbewegungen, die die Revolution getragen hatten, erhielten gerade einmal 5 Prozent der Stimmen. „Das große Thema Demokratie wurde abgelöst von dem großen Thema deutsche Einheit“, was bei vielen das Gefühl hinterließ, um die Früchte ihrer Revolution betrogen worden zu sein. Der Schriftsteller Volker Braun fasste dieses Gefühl des Verlusts im August 1990 in Worte: „Was ich niemals besaß, wird mir entrissen. Was ich nicht lebte, werde ich ewig missen. Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle.“ Diese Perspektive ist entscheidend, um die anschließende Enttäuschung zu verstehen.

Der hohe persönliche Preis

Vom Burnout bis zum politischen Rückzug. Der schnelle Verlust dieser Gründungsideale im Sog der Wiedervereinigung führte nicht nur zu politischer

Enttäuschung, sondern stürzte viele Aktivisten in eine Form von Sisyphusarbeit, die einen immensen persönlichen Tribut forderte. Das unermüdliche Engagement war nicht nur ein Kampf in politischen Gremien, sondern auch ein Ringen mit den Folgen eines kollabierenden Systems. Die sogenannten „Umbruchjahre“ waren für viele in Wahrheit „Zusammenbrüche“, wie es Matthias Platzeck formulierte. Es war eine Zeit, in der Menschen ihren „eigenen Betrieb abzureißen“ hatten und zwei Millionen junge Leute den Osten verließen.

Dieser gesellschaftliche Druck hinterließ tiefe persönliche Spuren. Platzeck selbst erlitt einen Hörsturz und später einen Schlaganfall. Antje Hermenau litt unter Magengeschwüren und zermürbenden Machtkämpfen. Diese Geschichten korrigieren das idealisierte Bild des Aktivismus und zeigen die menschliche Dimension hinter den Kulissen. Als Matthias Platzeck nach seinem Schlaganfall im Krankenhaus lag, sagte seine Tochter einen Satz, der die Realität auf den Punkt brachte: „wenn du es jetzt nicht merkst dann weiß ich nicht wann du es merkst“.

Zersplitterte Wege

Warum aus einstigen Verbündeten politische Gegner wurden. Die Opposition in der DDR war nie ein homogener Block, und nach 1990 traten diese Unterschiede umso deutlicher zutage. Während Katrin Göring-Eckardt eine beständige Karriere in der Bundespolitik machte, zog sich Antje Hermenau desillusioniert zurück und begründete ihren Abschied aus der Politik mit der scharfen Frage: „was soll ich denn als 50-jährige mein Leben meine kostbare Lebenszeit mit einem Kindergarten verplempern“.

Andere vollzogen eine radikale Neuorientierung. Vera Lengsfeld, einst bei den Grünen, verließ die Partei wegen des aus ihrer Sicht zu nachgiebigen Umgangs mit der PDS. Ihr Austritt war kein Einzelfall, sondern Teil eines größeren Exodus von sieben prominenten Bürgerrechtlern. Später trat sie wegen Angela Merkels Migrationspolitik aus der CDU aus und kritisiert heute den „politischen Mainstream“ in rechtskonservativen Medien. War dieser Zerfall unausweichlich, ein bloßes Symptom der neu gewonnenen Pluralität, oder

zeugt er von einem tieferen Scheitern, die vielfältigen oppositionellen Strömungen in einer gemeinsamen demokratischen Vision zu bündeln?

Ein neuer, alter Kampf: Die Demokratie verteidigen

Diese ideologische Zersplitterung der einstigen Oppositionsbewegung erklärt auch die fundamental unterschiedlichen Diagnosen und Lösungsansätze für die gesellschaftlichen Krisen der Gegenwart. Angesichts der Polarisierung und des Erstarkens der AfD sehen einige den Kern ihrer Arbeit von 1989 erneut in Gefahr. Frank Richter, der als Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung den Dialog mit PEGIDA-Anhängern suchte, was ihm den Vorwurf einbrachte, ein „Pegida-Versteher“ zu sein, kämpft heute als SPD-Politiker gegen die gesellschaftliche Spaltung.

Dabei entbehrt es nicht einer Ironie, dass die Sorgen vieler Ostdeutscher im Westen erst dann ernsthaft Gehör fanden, „als die AfD immer bessere Umfragewerte hatte“, wie Matthias Platzeck feststellt. Er analysiert, dass es versäumt wurde, den Ostdeutschen „Haltegriffe“ zu geben, das Gefühl, „ihr habt euer Leben auch nicht umsonst gelebt“. Die Dringlichkeit des neuen Kampfes bringt Frank Richter mit einem eindringlichen Appell auf den Punkt: Ich habe keine Angst vor der Überfremdung von außen ich habe Angst vor der Entmenschlichung von innen.

Die Lebenswege der DDR-Bürgerrechtler

Sie waren nach 1989 vielfältiger, dornenreicher und von tieferen Brüchen gezeichnet, als das aktuelle Gedächtnis der Gesellschaft es wahrhaben will. Doch ihr zentrales Anliegen – das Ringen um eine offene, demokratische Gesellschaft – bleibt 35 Jahre nach dem Mauerfall von brennender Aktualität. Ihre Geschichte wirft eine Frage auf, die heute vielleicht wichtiger ist denn je. Was bedeutet es, die Haltung der Bürgerrechtler weiterzutragen und sich, wie Matthias Platzeck es formuliert, abends sagen zu können: „Ich kann damit leben, was ich getan habe“?

Systematische Zwangsarbeit in Kubas Gefängnissen?

60.000 Häftlinge leisten in Kuba Zwangsarbeit. Das sagt eine Studie der NGO Prisoners Defenders. Knastprodukte werden auch in die EU importiert. Hinweis auf eine ILO-Studie über Zwangsarbeit in Kuba. **Veröffentlicht in taz am 19.09.2025. Internet:** <https://tinyurl.com/3an256uc>

Zur Studie: „El negocio penitenciario de Cuba: 60 mil prisioneros son usados como fuerza laboral esclava.“ vom 15. September, 2025. Internet: <https://tinyurl.com/4f9uf72n>

Obwohl die umfangreichen Ergebnisse dieser Studie im Laufe dieses Dokuments vorgestellt werden, sei bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass bei der Analyse der 53 gültigen Zeugenaussagen in 100 % der untersuchten Fälle systematische Muster von Zwangsarbeit festgestellt wurden. Auch wenn alle Ergebnisse im Laufe des Berichts detailliert dargelegt werden, seien hier als Beispiel einige Aussagen von Betroffenen aufgeführt:

Typische Aussagen: Obwohl alle Aussagen im Laufe des Dokuments analysiert werden, führen wir als Einleitung einige Sätze aus den offenen Textfeldern an, die zweifellos die schwerwiegende Situation,

die wir in diesem Bericht aufdecken, in einen Kontext stellen:

- „Ich wurde gezwungen, trotz meiner Schulterverletzungen Säcke mit Kohle zu tragen. Als ich protestierte, wurden mir einen Monat lang die Familienbesuche gestrichen.“
- „Wir mussten Marabu schneiden, Feuer machen, um Holzkohle zu produzieren, und täglich 50 Säcke Holzkohle verpacken.“ „Wenn man das tägliche Arbeitsziel nicht rechtzeitig erreichte, musste man länger arbeiten.“
- „Wir erhalten zwischen 34 und 62 Cent pro Tonne Holzkohle aus Marabu, die wir vollständig selbst produzieren.“
- „Um die Kohle zu produzieren, schlafen wir auf dem Feld, ohne Betten, ohne Dach ... Wir müssen uns selbst provisorische Hütten bauen und dürfen nur auf Strohhallen schlafen. Matratzen sind nicht erlaubt ... Wir können nur das schmutzige Wasser aus einer Tränke trinken, aus der auch die Kühe auf einem nahen gelegenen Bauernhof trinken.“
- „Sie hat sich wegen mangelnder Sicherheit die Hand abgeschnitten.“
- „Ich sah eine Insassin, die sich den Fuß gebrochen hatte und der gesagt wurde, dass sie nicht mehr auf Freigang gehen

dürfe, wenn sie zum Arzt gehe, und sie hatte keine Wahl, sie war Mutter kleiner Kinder. Die Lagerleiterin sagte ihr dann: Leg einen Verband an und sag nichts.“ **Auf deutsch:** <https://tinyurl.com/5n8jrthd>

Für die betroffenen Gefangenen in Kuba ist die Lage prekär und nahezu aussichtslos. Ihre Berichte erinnern an die Methoden der kommunistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts – an Systeme, in denen Arbeit zur Strafe, Schweigen zur Überlebensstrategie und Unterordnung zur Pflicht wurde. Die UOKG sieht sich in der Verantwortung, die Zustände in Kuba öffentlich zu machen. Zwangsarbeit war und ist ein Markenzeichen totalitärer Herrschaft. Kubas Gefängnisse und Straflager stehen als mahnendes Zeichen, dass im Namen der Ideologie der „sozialistischen Befreiung“ jetzt und heute Menschen unterdrückt und geknechtet werden. Wo die Würde des Einzelnen dem Staat geopfert wird, endet jede Freiheit. Europa und die Welt dürfen diesem Unrecht nicht weiter tatenlos zusehen.

Sebastian Sachse, UOKG

Internet:

<https://tinyurl.com/ytkmhvfj>



Radio in the American Sector

Jedes Mal, wenn ich über den Widerstand in der DDR lese, steigt ein leiser Zorn in mir auf. Diese Empfindung ist eng verbunden mit der Erinnerung an die Rolle des RIAS (Radio im amerikanischen Sektor), des Rundfunks im amerikanischen Sektor Berlins, der während des Kalten Krieges eine entscheidende Stimme für Freiheit und Aufklärung war, und den ich heimlich hörte in der DDR. Es ist erschütternd, wie hastig und hinterrücks dieser wichtige Bestandteil unserer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte nach der Friedlichen Revolution von 1989 zum Verschwinden gebracht wurde.

Der RIAS war nicht nur ein Sender; er verkörperte den unaufhörlichen Wunsch nach Unabhängigkeit und Wahrheit in einer Zeit, in der die Menschen in der DDR unter einem repressiven Regime lebten. Die Berichterstattung des RIAS stellte eine Verbindung von Westen nach Osten her, informierte und ermutigte die Men-

schen, ihre Stimme zu erheben. Doch mit der Friedlichen Revolution von 1989 und der Vereinigung Deutschlands scheint das Gedächtnis an solche Institutionen leichtfertig gelöscht worden zu sein.

Die deutsche Politik hat sich damit in ihrer Gesamtheit nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Statt den RIAS als Teil unseres kollektiven Gedächtnisses zu bewahren und zu würdigen, verschwand er in der Vergessenheit. Diese Vernichtung kultureller Ausdrucksformen und Informationsquellen wirft Fragen auf: Was ist uns wirklich wichtig? Wie gehen wir mit unserer Geschichte um?

Es ist unerlässlich, dass wir diese Stimmen der Vergangenheit anerkennen und sie nicht einfach der Gleichgültigkeit überlassen. Der RIAS und die Geschichten des Widerstands in der DDR sollten uns als Mahnung dienen, die Werte von Freiheit und Wahrheit stets hochzuhalten. Nur so

können wir aus der Geschichte lernen und auch zukünftige Generationen für den Wert der kritischen Stimme sensibilisieren.

„Im Jahr 1992 stellte RIAS seine Sendungen ein, da seine Frequenzen an die Deutsche Welle und das Deutschlandradio übertragen wurden, so dass sein Erbe im öffentlich-rechtlichen Rundfunk fortbestehen konnte. Während der Sender selbst seinen Betrieb einstellte, blieb sein Einfluss auf den deutschen Journalismus und die Demokratie unbestritten.“ (RIAS Berlin)

Quellen: RIAS im Internet:

- RIAS Berlin: Ein Vermächtnis des Rundfunks und des Austauschs: <https://tinyurl.com/2jren75r>
- Der RIAS – Radio in the American Sector: <https://tinyurl.com/y6m44cmn>
- Geschichten vom RIAS: <https://tinyurl.com/5686sf9a>

André Rohloff

Was Menschen Menschen antun!

Am 10. und 11. Oktober 2025 fand in Berlin das Symposium „WAS MENSCHEN MENSCHEN ANTUN“ statt, initiiert von der Organisation „Aufarbeitung Cottbus – ACB e. V.“. Dieses Ereignis, das im 35. Jahr nach der Deutschen Einheit abgehalten wurde, sammelte eine Vielzahl von bedeutenden Persönlichkeiten aus den Bereichen Kunst, Wissenschaft und Politik, um die komplexen Verhältnisse und Herausforderungen zu beleuchten, die aus der Transformation der ehemaligen DDR-Gesellschaft in die Deutsche Einheit resultierten.

Die Veranstaltung wurde unter der Leitung von Dr. Peter Keup, einem Historiker des Menschenrechtszentrums Cottbus sowie der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG e.V.), souverän moderiert. Die prominente Gästezahl beinhaltete unter anderem Künstler und Zeitzeugen wie Gino Kuhn, den Mediziner und Psychoanalytiker Dr. med. Karl-Heinz Bomberg, sowie Evelyn Zupke, die erste Bundesbeauftragte für

die Opfer der SED-Diktatur im Deutschen Bundestag. Auch Dieter Dombrowski, Christoph Polster, Frank Ebert und mehrere Experten wie Prof. Dr. phil. Dr. med. Andreas Maercker und Prof. Dr. med. Jörg Frommer waren anwesend.

Im Mittelpunkt des Symposiums stand die oft zur Seite gedrängte Gerechtigkeitsfrage, die die Schicksale der Menschen betrifft, die unter dem Unrechtssystem der DDR-/SED-Diktatur gelitten haben. Diese Fortsetzungsgeschichte der Verletzungen und Traumatisierungen erfordert besondere Aufmerksamkeit, da viele Betroffene oft fernab der Gesellschaft stehen und ihre Erlebnisse nicht ausreichend gewürdigt werden. Das Symposium bot eine Plattform für die betroffenen Stimmen, die über ihre Erfahrungen berichten konnten, um das Verständnis für die tiefen und großen gesellschaftlichen Narben zu schärfen.

Das Thema der Aufarbeitung war vielfältig und wurde aus therapeutischer, historischer und künstlerischer Perspektive

betrachtet. Die Teilnehmenden erörterten Ursachen und Wirkungsweisen der Traumatisierung sowie die damit verbundenen gesundheitlichen Folgeschäden. Dr. Karl-Heinz Bomberg beleuchtete die psychologischen Aspekte, während Künstler Gino Kuhn die emotionale Dimension der erlittenen Ungerechtigkeiten künstlerisch umsetzte. Mittels solcher interdisziplinären Ansätze wurde ein umfassender Einblick in die Vielfalt der Erfahrungen gewonnen.

Eine zentrale Fragestellung war die Konstruktivität und Destruktivität in der gesellschaftlichen Entwicklung. Durch die Diskussion über die Langzeitdokumentation politisch Verfolgter der DDR wurde der Zusammenhang zwischen individuellem Trauma und kollektiver Erinnerung deutlich. Es zeigte sich, dass Traumafolgen als eine Art „Grunderkrankung“ angesehen werden müssen, deren Symptome jederzeit durch äußere oder innere Auslöser reaktiviert werden können. Diese Erkenntnis verdeutlicht die Dringlichkeit, diesen Themen nachzugehen und geeignete Bewältigungsstrategien zu entwickeln.

Darüber hinaus wurde die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Institutionen hervorgehoben. Das Symposium war das Ergebnis eines Kooperationsprojekts zwischen dem Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., der UOKG e. V., der Städtischen Sammlung Cottbus, dem Bundesarchiv/Stasi-Zentrale-Campus für Demokratie und dem Stasimuseum/ASTAK e.V. Diese Kooperation unterstrich das gemeinsame Bestreben, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit voranzutreiben und den Opfern eine Stimme zu geben.

Insgesamt war das Symposium „WAS MENSCHEN MENSCHEN ANTUN“ ein eindringlicher und bewegender Anlass, der sowohl zur Reflexion als auch zur aktiven Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte anregte. Es stellte einen wichtigen Schritt dar, um die Verletzungen der Vergangenheit zu adressieren und eine konstruktive Zukunft im Sinne der Gerechtigkeit zu gestalten.

Text und Foto André Rohloff,
Landesvorsitzender der Vereinigung
der Opfer des Stalinismus e.V.
im Landesverband Mecklenburg-
Vorpommern



Was Menschen Menschen antun.
Vortrag von Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag

Historische Würdigung zum Gedenken an die Opfer von Stacheldraht und Mauer in Helmstedt/Marienborn

Einweihung des Fred-Woitke-Platz in Helmstedt: Eine durchaus historische Veranstaltung fand am 13. September 2025 in den beiden ehemaligen Grenzstätten Helmstedt und Marienborn statt.

Die sehr würdevolle Gedenkstunde begann um 13.00 Uhr im Bahnhof von Helmstedt. Bürgermeister Wittich Schobert eröffnete mit seiner Rede die Würdigung von Fred Woitke und anderen Grenzopfern. Auch die Innenministerin aus Niedersachsen, Daniela Behrens, war der Einladung gefolgt. Als weiterer Redner gedachte Michael Teupel ebenso den zahlreichen Kindern, Frauen und Männern, die aufgrund ihres Freiheitsgedankens auf tragische Weise ihr Leben verloren. Eine Hinterbliebene von Fred Woitke nahm ebenfalls mit ihrer Familie an der Gedenkstunde teil. Für die Vorbereitung dieser Veranstaltung stand Teupel mit ihr und den vielen anderen Beteiligten ein Jahr lang in engem Austausch. Die Justizministerin aus Sachsen-Anhalt musste die Veranstaltung aus gesundheitlichen Gründen leider kurzfristig absagen.

Nach den drei Reden wurde auf dem Fred-Woitke-Platz in Helmstedt eine Erinnerungstafel von seiner Tochter enthüllt. Sie erinnert an sein Schicksal und das anderer Flüchtlinge. Am Ende wurde auf Michael Teupels Empfehlung hin die Nationalhymne gespielt. Abschließend konnte er mit Ministerin Behrens noch ein Gespräch führen, um weitere ähnliche Gedenkfeiern zu organisieren. Insgesamt war es die siebte Veranstaltung, die Michael Teupel in Niedersachsen organisierte.

Die Fahrt ging dann in das benachbarte Marienborn in Sachsen-Anhalt, wo Fred Woitke vor 52 Jahren feige ermordet wurde. Dr. Susan Frisch, Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung, eröffnete an diesem geschichtsträchtigen Ort mit einer bemerkenswerten Rede. Dr. Ludwig berichtete dann über die konkrete Flucht. Bedeutsame Worte gab es dann auch von André Roloff (VOS), der der Einladung kurzfristig gefolgt war. Im Anschluss daran wurden einige rote Rosen im Außenbereich zum Gedenken an Fred Woitke abgelegt.

Zahlreiche Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet reisten extra für diese Veranstaltung nach Helmstedt. Der Organisator der Veranstaltung, Michael Teupel, bedankt sich auf diesem Wege bei allen Teilnehmern hiermit nochmals ganz herzlich. Es ginge ihm primär darum, so Teu-

pel, die Opfer des Grenzregimes und von Stacheldraht zu ehren. Die Hinterbliebene bedankte sich später ebenfalls für die sehr würdevolle Feierstunde. Michael Teupel wünscht sich für die Zukunft, dass bei solchen Veranstaltungen die Wünsche der Hinterbliebenen mehr respektiert würden. Diese sind keine Personen des öffentlichen Lebens und stimmten in diesem Fall ihrem Kommen zur Gedenkveranstaltung nur zu, weil ihnen zugesagt wurde, dass keine Fragen zu den damaligen Vorgängen an sie direkt gerichtet würden.



Michael Teupel

Marienborn – André Rohloff und Michael Teupel

Historische Zeitdokumente von Fred Woitke dem Gedenkstättenverbund übergeben

„Das beharrliche Engagement von Michael Teupel ist ein Glücksfall für die Erinnerungskultur“, äußerte Dr. Kai Langer, Stiftungsdirektor der Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt, auf einer Pressekonferenz am 01. Oktober in Niedersachsen.



Innenministerin Daniela Behrens, Niedersachsen

Grundlage für diese Ehrung war die intensive Arbeit an der Erinnerungs- und Würdigungskultur für das Grenzopfer Fred Woitke. Trotz zahlreicher Hindernisse ge-



(v.l.): Gerhard Radeck, Landrat von Helmstedt, Michael Teupel, Bürgermeister von Helmstedt Wittich Schobert, Innenministerin Daniela Behrens und Konrad Otto, Erster Stadtrat. Das Bild zeigt die Gedenktafel auf dem Fred-Woitke-Platz in Helmstedt.



Michael Teupel am 13.09.2025.

lang es Michael Teupel, dass die historischen Zeitdokumente über den getöteten Witke nach 52 Jahren aus den Archiven der Stasi und des Bundesarchivs ans Licht der Welt kamen: „Heute sind diese wertvollen Zeitdokumente ein wichtiger Bestandteil zur Erinnerung an alle Grenz- und Maueropfer an der innerdeutschen Grenze, in Berlin und darüber hinaus“, so Michael Teupel.

Diese Dokumente wurden nun offiziell an Stiftungsdirektor Dr. Langer als Schenkung übergeben. Symbolisch hierfür steht der SVK-Ausweis von Fred Witke, der

in der Mitte des DDR-Staatswappens ein Einschussloch aufweist. Geplant ist, die hinterlassenen Gegenstände von Fred Witke für einige Jahre in Museen und Gedenkstätten in ganz Deutschland zu zeigen. Später sollen diese in eine Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn integriert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die erstmalige Präsentation in Sachsen-Anhalt dieser Dokumente wird am 02. Februar 2026 stattfinden.

Beitrag und Fotorechte
Michael Teupel und André Rohloff

Gedenken an Fred Witke * 16.10.1949 – † 21.04.1973

Was Berlin bis heute nicht geschafft hat, seinem vielleicht tragischsten Maueropfer Peter Fechter, der nur 4 Tage nach dem Mauerbau am 13. August 1961 in der Zimmerstraße angeschossen wurde und den die VoPo's auf dem Todesstreifen einfach verbluten ließen, einen Straßennamen oder einen schönen Kiez-Platz zu widmen – das hat die ehemalige Grenzstadt Helmstedt am 13. September 2025 vorbildlich und in würdevoller Weise gemeistert!

In Anwesenheit von Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens, Helmstedts Oberbürgermeister Wittich Schobert, einigen Bundes- und Landtagsabgeordneten aus der Region, Mitarbeitern

der Stadtverwaltungen der Grenzstädte Helmstedt und Marienborn sowie Vertretern von SED-Opferverbänden, stellvertretend genannt seien hier der Landesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) Sachsen-Anhalts Dr. Carl-Gerhard Winter sowie sein Stellvertreter Wolfgang Bischoff, wurde der Vorplatz des ehemaligen Sehnsuchts-Bahnhofs von Helmstedt in Fred-Witke-Platz umgewidmet.

Die Initiative für diese postume Würdigung von Fred Witke ergriff Michael Teupel – Mitglied der VOS, Landesverband Sachsen-Anhalt – aus dem anhaltinischen Hergisdorf, der das Leben dieses

jungen, die Freiheit liebenden Menschen und speziell dessen spektakulären und tödlich endenden Fluchtversuch aus der DDR recherchierte und danach die Stadtverantwortlichen von Helmstedt von der Namensgebung dieses sinnlosen Opfers eines unmenschlichen DDR-Grenzregimes überzeugen konnte.

Was war am 21. April 1973 an der Grenzübergangsstelle Marienborn geschehen?

Mit einem LKW versuchten Fred Witke gemeinsam mit zwei Gleichgesinnten die Grenzsperren zu durchbrechen, um in den freien Teil Deutschlands zu gelangen. Dieser Versuch scheiterte spätestens an einer mobilen stählernen Straßensperre, die auch einen Panzer hätte stoppen können. Der LKW überschlug sich. Die verletzt noch aus dem LKW gelangten Flüchtlinge versuchten kriechend bzw. zu Fuß hinkend, noch die Westgrenze zu erreichen und zu überqueren. Die DDR-Grenzpolizisten eröffneten jedoch das Feuer aus ihren Maschinenpistolen und streckten Fred Witke nieder. Wenige Stunden später verstarb er 23-jährig in einem naheliegenden Krankenhaus.

In ihren Reden in der Helmstedter Bahnhofshalle geißelten insbesondere der Oberbürgermeister von Helmstedt als auch die Innenministerin von Niedersachsen diesen Mord durch das unmenschliche sozialistische DDR-Grenzregime, das seinen Bürgern zum eigenen Machterhalt 40 Jahre lang gewaltsam die wesentlichsten Grundrechte, insbesondere die Freizügigkeit entzog und auf diese Weise seine entmündigten Bürger zu derartig todbringenden Fluchtaktionen hinreißen ließ.



(V.l.n.r.): Die Tochter von Fred Witke zusammen mit dem VOS-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Dr. Winter, Felix Heinz Holtschke sowie Toralf Steinforth vor der Todessperre in der ehemaligen Grenzübergangsstelle (GÜST) Marienborn, an der vor 52 Jahren die in die Freiheit flüchtenden gestoppt und Fred Witke den Tod fand! Fotorechte VOS Bund, Felix Heinz Holtschke.

Und so steht der Tod von Fred Woitke für uns heute symbolisch und unvergessen als Mahnung und Vermächtnis gegenüber den über 1000 Toten an Mauer und Stacheldraht im ehemals geteilten Deutschland, unermüdlich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu ringen, damit unser Land nie mehr in die Hände von Autokraten oder Diktatoren gelangen möge.

Fred Woitke, der den Fall der Berliner Mauer am 09. November 1989 leider nicht miterleben durfte, wäre sicherlich mit großem Stolz erfüllt von der historischen Tatsache, dass wir demnächst das 35. Jubiläum des wiedervereinten Deutschlands insbesondere dank der Friedlichen Revolution von mutigen Menschen aus der ehemaligen DDR feiern dürfen. Nach dem Redeteil in der geschützten Bahnhofshalle wurden auf dem Bahnhofsvorplatz in Anwesenheit einer Tochter von Fred Woitke feierlich das Straßenschild Fred-Woitke-Platz sowie eine Informationstafel enthüllt. Umrahmt wurde dieser Gedenkakt von einem

Helmstedter Bläsersextett, das ergreifend unsere Nationalhymne intonierte.

Teil 2 dieser Gedenkveranstaltung fand in der ehemaligen Grenzübergangsstelle (GÜST) Marienborn, heute Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn unter der Regie seiner Leiterin Dr. Susan Frisch statt. Eröffnet wurde der kurze Redeteil von melancholischen Akkordeon-Klängen, die vom Interpreten Martin Müller, dem Anlass entsprechend angemessen, sehr sensibel für die Anwesenden vorgebracht worden sind. Im kurzen Redeteil danach wurde insbesondere das tragische und tödlich endende Fluchtereignis von Fred Woitke und seinen Kameraden geschildert – hier speziell von Dr. Frisch und Dr. Ludwig, dem Stellvertreter dieser Gedenkstätte. Dies vor über 52 Jahren in unmittelbarer Sichtweite vom zweiten Gedenkort dieses Tages. Spätestens an dieser Stelle hätte man sich allerdings auch ein Grußwort des gastgebenden VOS-Landesverbandes Sachsen-Anhalts gewünscht, deren Repräsentanten sich auf ihrem Heimatteritorium jedoch lediglich zu einer passiven Teilnahme verpflichtet

sahen. Dies bei einer Gedenkveranstaltung, die zweifelsohne von ihren Initiatoren maßgeblich unter dem Namen bzw. der Flagge der VOS repräsentiert wurde. Stattdessen erfolgte eine Gastrede eines Mitglieds der VOS aus Mecklenburg-Vorpommern.

Diese zwei Bundesländer grenzüberschreitende Veranstaltung endete mit einer finalen Zusammenkunft an derjenigen schweren Straßensperre der damaligen Interzonen-Autobahn-GÜST, an welcher damals der Fluchtversuch von Fred Woitke und seiner Kameraden so tragisch endete. Hier legten die Anwesenden bei leisen Akkordeon-Klängen Rote Rosen, Blumen und die Autoren dieses Beitrages ein Blumengebinde mit schwarz-rot-goldener Schleife im Namen des VOS-Bundesvorstandes nieder.

Toralf Steinforth,
Bundesvorsitzender der VOS
Felix Heinz Holtschke,
Stellv. VOS-Bundesvorsitzender
Helmstedt-Niedersachsen – Marienborn-
Sachsen-Anhalt, 13. September 2025

Nürnberg erinnerte der Opfer der Vertreibung vor 80 Jahren

Oberbürgermeister Marcus König solidarisch mit Vertriebenen: Als erste bayerische Großstadt hat Nürnberg am Sonntag, den 14.09.2025, den Opfern von Flucht und Vertreibung der deutschen Heimatvertriebenen vor 80 Jahren gedacht.

Bei einem Gedenkakt mit anschließender Kranzniederlegung würdigte Oberbürgermeister Marcus König (CSU) vor dem zentralen bayerischen Mahnmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung auf dem Nürnberger Hallplatz, den Leidensweg der rund 15 Millionen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg. In seiner Gedenkrede spannte er den Bogen von den Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes über die Verbrechen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten an der dortigen Zivilbevölkerung bis hin zu den folgenden Racheakten der Roten Armee an den Landsleuten.

Die deutsche Bevölkerung in den östlichen Landesteilen und in den Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa hätten mit der zwangsweisen Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat einen unbegreiflich hohen Preis zahlen müssen.

Dies dürfe auch heute nicht in Vergessenheit geraten, wo sich die Ereignisse in den Kriegs- und Krisengebieten zu wiederholen drohten. Er dankte dem örtlichen Kreisverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Stadtrat Werner Henning

an der Spitze, für die Anregung und Organisation der Zusammenkunft.

BdV-Landesvorsitzender Dr. h.c. Christian Knauer erinnerte in seinem Grußwort an die Verschleppung der Russlanddeut-




Nachdenklichkeit, Trauer und Freude kennzeichneten den Gedenkakt des BdV Nürnberg auf dem Hallplatz in Nürnberg. Trotz der bis kurz vor Veranstaltungsbeginn anhaltenden Regenschauer, ließen sich viele Trachten-träger und Fahnenabordnungen nicht von einer Teilnahme abbringen. Foto: S. Marb/BdV

schen aus ihren Siedlungsgebieten im Jahr 1941. Für den BdV kennzeichne diese historische Wegmarke den Beginn der Vertreibungen der Deutschen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Deportierung tausender Landsleute aus dem Banat in die rumänische Baragan-Steppe hätten diese Grausamkeiten 1950 einen letzten Höhepunkt erreicht. Mit eindeutiger Klarheit warnte er vor einem wieder zunehmenden „überzogenen Nationalismus“. Die Familien der Heimatvertriebenen und Aussiedler wüssten, zu welchen fatalen Folgen Nationalismus und Totalitarismus führen können. Deshalb

träten sie entschlossen für die Verteidigung des freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats ein und distanzieren sich von den extremen politischen Rändern. Der Stadt dankte der frühere Aichacher Landrat für die Sanierung der Umgebung der Gedenkstätte und für deren Engagement beim Ausbau und der Erhalt des Hauses der Heimat. Nürnberg sei in den letzten Jahren wieder zu einem „Zentrum für die Vertriebenen“ geworden. Davon lege auch die hier beheimatete „Kulturstiftung der Deutschen aus Russland“ ein beredtes Zeugnis ab: „Dass der Oberbürgermeister in der Frankenmetropole zu Veranstaltungen der Landsmannschaften

und des BdV kommt, habe man in vielen Jahrzehnten vermisst. Offenbar hat sich, nicht zuletzt durch den Wechsel im Amt des Oberbürgermeisters, hier die Haltung zum Positiven verändert.“

BdV-Kreisvorsitzender Werner Henning zeigte sich hoch zufrieden mit der großen Beteiligung von Trachtenträgern und Fahnenabordnungen am Gedenkakt. Obwohl es bis zwanzig Minuten vor Beginn kräftig regnete, sei es für die Betroffenen offenbar ein Herzensanliegen gewesen, an die schmerzhaften Geschehnisse, unter denen ihre Familien zu leiden hatten, zu erinnern. 

Dritter Bundesfrauenkongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und DDR in Dessau

Vom 26. bis 28. September 2025 fand in Dessau-Roßlau der Dritte Bundeskongress politisch verfolgter Frauen in der SBZ und DDR statt. Die Wahl des Tagungsortes war bewusst getroffen: In Dessau existierte ab 1974 ein Haftarbeitslager, in dem zunächst rund 300, später bis zu 1.000 meist junge Frauen inhaftiert waren. Während ihrer Haft wurden sie zu Zwangsarbeit in verschiedenen Betrieben verpflichtet – unter anderem im VEB Fotochemisches Kombinat Wolfen und im Elektromotorenwerk VEB Elmo Dessau.

Rund 110 Gäste aus allen Ecken Deutschlands kamen zu diesem Kongress zusammen – darunter vor allem Frauen, die in der DDR aufgrund politischer Gründe inhaftiert, überwacht oder anderweitig verfolgt wurden. Ziel der Veranstaltung

war es, die Erfahrungen dieser Frauen sichtbar und öffentlich zu machen, das erlittene Unrecht weiter aufzuarbeiten und den gegenseitigen Zusammenhalt der Betroffenen zu stärken. Zugleich sollten konkrete Forderungen an Politik und Gesellschaft formuliert werden, um eine angemessene Anerkennung und Entschädigung sowie eine historische Aufklärung auf diesem Gebiet sicherzustellen.

Die Stimmen der Betroffenen

Im Mittelpunkt des Kongresses standen die persönlichen Berichte der Betroffenen. In bewegenden Beiträgen schilderten die Frauen ihre Inhaftierungen, die Verhöre durch die Staatssicherheit, psychische und physische Misshandlungen sowie den Verlust von Familie, Beruf und gesellschaftli-

cher Stellung. Viele erzählten auch von der sozialen Ausgrenzung, die sie nach ihrer Freilassung weiterhin erlebten.

Erstmals kamen auch Kinder von verfolgten Frauen zu Wort. Besonders eindrücklich berichteten Töchter von den Erfahrungen während der Haftzeit ihrer Mütter – von Trennungen, Angst und dem Schweigen, das oft viele Jahre über der Vergangenheit lag. Ebenso berührend war der Beitrag eines Sohnes, der als adoptiertes Kind über seine Suche nach der leiblichen Mutter sprach. Sein Bericht über den mühsamen Weg der Rehabilitation nach dem sogenannten „Asozialen-Paragrafen“ machte deutlich, wie tief das Unrecht auch über Generationen hinweg in die Lebenswege hineinwirkte.

Diese Berichte zeigten eindrucksvoll, dass die angeblich „soziale“ DDR sich nicht um ihre Bürgerinnen und Bürger sorgte und ihnen Hilfestellung bot, sondern andersdenkende und -lebende Menschen systematisch kriminalisierte, ausgrenzte und ihren Lebensweg zerstörte.

Thematische Schwerpunkte

- Der notwendige Dialog zwischen den Betroffenen innerhalb der Familien
- Die Trennung von Müttern und Kindern während der Haft
- Die Situation in der Strafvollzugsabteilung für Frauen in Dessau
- Die systematische Diskriminierung von Frauen in den Venerologischen Stationen
- Die Kriminalisierung von Frauen, die nach § 249 DDR-StGB („Asoziales Verhalten“) verurteilt wurden



Bundeskongress Podium

Darüber hinaus fand ein Workshop zur Resilienz statt, in dem die Teilnehmer gemeinsam darüber sprachen, wie sie trotz der traumatischen Erfahrungen Wege der Stärke und Selbstheilung finden konnten.

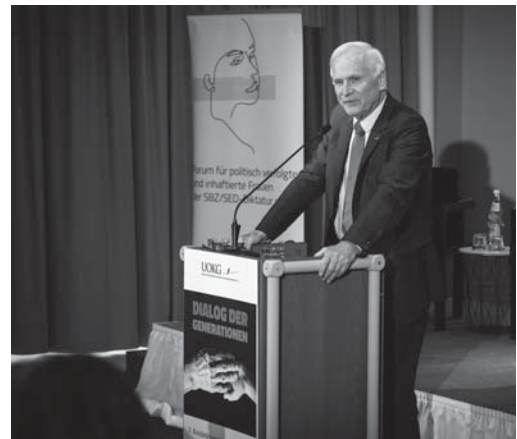
Resolution und Forderungen

Zum Abschluss des Kongresses verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution, die unter anderem die folgenden Forderungen enthält:

- Anerkennung der Kinder politisch verfolgter und inhaftierter Frauen als „Op-

Anwesenden zu Tränen. Gleichzeitig wurde deutlich, wie wichtig diese Form des Austauschs ist: Die Rückmeldungen waren durchweg positiv. Viele Teilnehmerinnen reisten gestärkt ab – im Bewusstsein, nicht allein zu sein und gemeinsam für Gerechtigkeit einzutreten.

Die UOKG sowie das Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur kündigten an, sich weiterhin mit Nachdruck für die Anerkennung der weiblichen Opfer politischer Verfolgung und deren Kinder einzusetzen. Auch Vertreterinnen von Gedenkstätten,



Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG



UOKG-Taem mit Peter Keup, Sandra Szech, Petra Dombrowski, Barbara Bauer

fer des SED-Regimes“. Eine gesetzliche Regelung für diese bislang übersehene Opfergruppe ist dringend erforderlich und längst überfällig.

- Anerkennung und Entschädigung der Zwangsarbeit, die politisch Inhaftierte in DDR-Betrieben leisten mussten. Zudem soll die Erforschung der Zwangsarbeit und ihrer Folgeschäden gefördert sowie die medizinische und psychologische Versorgung der Betroffenen verbessert werden.
- Anerkennung und Entschädigung von Frauen, die im Rahmen unterschiedlicher Verfolgungsmaßnahmen durch die SBZ- und DDR-Behörden sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren.
- Stärkung der digitalen pädagogischen Bildungsarbeit in den Gedenkstätten, um insbesondere junge Menschen an diesen außerschulischen Lernorten für die Geschichte der SED-Diktatur zu sensibilisieren.

Emotionale Momente und positive Bilanz

Der Kongress war von tiefen Emotionen geprägt – viele Beiträge bewegten die

Aufarbeitungsinitiativen, die anwesende SED-Opferbeauftragte und die Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt und Sachsen betonten die Bedeutung solcher Veranstaltungen für das kollektive Gedächtnis und die demokratische Kultur Deutschlands.

Fazit

Der Dritte Bundesfrauenkongress in Dessau war ein wichtiger Schritt zur Sichtbarmachung der Opferbiografien von Frauen und ihren Angehörigen in der DDR-Diktatur. Er trug nicht nur zur individuellen Verarbeitung des Erlebten bei, sondern setzte auch ein starkes politisches Signal für Gerechtigkeit, Erinnerung und Aufklärung.

Wir danken allen Betroffenen, Angehörigen, Gästen und helfenden Händen für ihren Beitrag zum Gelingen des Kongresses sowie dem Hotel Radisson Blu Dessau für die warmherzige und professionelle Betreuung.

Internet: Auf unserem YouTube-Kanal finden Sie die Video-Mitschnitte der Vorträge und Podien des Kongresses. Spä-



Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte



Konstanze Helber, Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.

ter im Jahr wird es auch eine gedruckte Publikation geben. Die Videos sind als gesamtes Paket öffentlich auf YouTube zu sehen. Sie finden die Videos auf der Startseite unseres YouTube-Kanals. Es gibt eine sortierte Playlist. Diese kann unter folgendem Link geteilt und aufgerufen werden:

<https://tinyurl.com/yc7ruhby>,

<https://tinyurl.com/yc5jcjv>

Erstveröffentlichung auf UOKG.de:

<https://tinyurl.com/4fefx5df>

Sandra Czech, UOKG
Alle Fotos: Lucas Hütter

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts, es ist vollbracht! Zum 09. November 2025 ist die Richtlinie für die Vergabe für Leistungen aus dem bundesweiten Härtefallfonds in Kraft getreten.

Ich habe hierfür ganz bewusst diesen Tag, das Jubiläum des Falls der Berliner Mauer, gewählt, da dieser Tag für mich, bezogen auf den bundesweiten Härtefallfonds, eine ganz besondere Symbolik hat. Häftlingsfreikauf, Flucht, Ausreise, das Ringen um das Bleiben oder das Gehen, zerrissene Familien. So wie die Jahre der Teilung und SED-Diktatur keine ostdeutsche Angelegenheit ist, so ist auch die heutige Unterstützung der Opfer keine Angelegenheit der ostdeutschen Länder, sondern ist unsere gesamtdeutsche Verantwortung!

Auch wenn der Härtefallfonds unter meiner Aufsicht als Opferbeauftragte steht, sehe ich diesen Fonds als unseren gemeinsamen Fonds. Über Jahre haben sich die Opferverbände, die Landesbeauftragten, die Beratungsstellen und viele weitere Engagierte gemeinsam mit mir für die Einrichtung des Fonds eingesetzt. Dass die Einrichtung des Fonds vom Deutschen Bundestag einstimmig beschlossen wurde, zeigt deutlich, dass die Unterstützung der Opfer eine Grundlage des gesamten Parlaments ist.

Für mich war immer wichtig, dass der Fonds auf der einen Seite auf bestehende Erfahrungen, wie die der Härtefallfonds der Landesbeauftragten in den ostdeutschen Ländern, aufbaut und gleichzeitig aber in seiner Ausgestaltung auch neue Bedarfe berücksichtigt, die für die Betroffenen heute besonders wichtig sind.

Ich freue mich daher sehr, dass mit dem Fonds erstmals auch Kinder von lebenden Opfern Hilfen erhalten können. Ich erinnere mich sehr gut an die vielen Gespräche bei den zurückliegenden Bundesfrauenkongressen, in denen immer wieder deutlich wurde, wie wichtig es ist, dass wir gerade für diese Gruppe stärker unterstützen.

Bei den Kriterien zum Erhalt von Leistungen ist besonders wichtig, dass eine Rehabilitation nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen oder eine Bescheinigung nach § 10 Absatz 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) vorliegt und die Antragstellerinnen und Antragsteller gleichzeitig

sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Dies ist eine Anforderung, die sich aus dem gesetzlichen Rahmen ergibt.

Die Leistungshöhe liegt in der Regel bei 5.000 Euro für die Betroffenen sowie 2.500 Euro bei Hinterbliebenen und Angehörigen. In Ausnahmen sind hier Abweichungen möglich.

Ausgehend von den Erfahrungen der Härtefallfonds in den ostdeutschen Ländern werden den Betroffenen Leistungen insbesondere gewährt für gesundheitsfördernde Maßnahmen, Therapien sowie medizinische Hilfen. Ebenso wird Unterstützung gewährt für die Schaffung oder den Erhalt von selbstbestimmten Wohn- und Lebensmöglichkeiten, für die Unterstützung durch technische Hilfen im Alltag, insbesondere bei körperlichen Einschränkungen und für Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität der Betroffenen, sowie zur Anschaffung von Kommunikationshilfen, die die soziale Teilhabe fördern. Ich freue mich, dass der Fonds auch Unterstützung für Reisekosten gewährt, um den Besuch von Gedenkstätten und Erinnerungsorten sowie Veranstaltungen zu ermöglichen, die dem Prozess der persönlichen Schicksalsklärung und der Vernetzung mit weiteren Betroffenen dienen können.

Besondere Leistungen sieht der Fonds für die Opfer von politisch motiviertem Freiheitsentzug vor. Hier besteht die Möglichkeit der einmaligen Beantragung von Leistungen für Erholungsreisen und Bekleidungs-geld. Gerade die Aufnahme der Erholungsreisen ist ein Punkt, für den sich die UOKG und ganz persönlich Dieter Dombrowski in vielen Gesprächen immer wieder eingesetzt hat. Mit der Aufnahme der Kosten für die Beerdigung von rehabilitierten Opfern von politischem Freiheitsentzug in den Leistungskatalog, helfen wir den Familien in einer besonders schwierigen Situation in ihrem Leben. Ich freue mich sehr, dass auch hier nun ein Hilfsangebot besteht.

Am 06. November 2025 hat der Stiftungsrat erstmals in neuer Zusammensetzung getagt und mehrere inhaltliche und personelle Weichen gestellt. So wurde der Leiter meiner Geschäftsstelle Niels Schwiderski zum Stiftungsratsvorsitzenden und Dieter Dombrowski zum stell-

vertretenden Vorsitzenden gewählt. Zur neuen Vorsitzenden des Vorstandes wurde Katrin Budde gewählt. Katrin Budde ist vielen von Ihnen als frühere Landesministerin und langjährige Kulturausschussvorsitzende im Bundestag bekannt. Ohne ihr Wirken im Parlament hätten wir heute weder das Amt der Opferbeauftragten noch die weitreichenden Verbesserungen in den Rehabilitierungsgesetzen. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden Carla Ottmann, Petra Morawe und Andrea Rugbarth gewählt. Alle drei arbeiten seit Jahren im Vorstand der Stiftung und stehen so in besonderer Weise für Kontinuität und das über die Jahre gewachsene Wissen.

Darüber hinaus hat der Stiftungsrat, zu den bisher tätigen, noch weitere Mitglieder für den Bewilligungsausschuss gewählt. Der Bewilligungsausschuss entschied bisher über die Vergabe der Leistungen nach § 18 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes und ab jetzt zusätzlich auch über die Leistungen aus dem neuen Härtefallfonds. Für die Arbeit des Bewilligungsausschusses wird ein Pool an geeigneten Personen gebildet, aus dem für die jeweilige Sitzung entsprechende Personen ausgewählt werden.

Aus der Reihe der politisch Verfolgten hat der Stiftungsrat Dorit Bause, Mario Röllig, Birgit Schlicke, Prof. Thomas Wieske, Margitta Becke, Gabriella Exner und Brigitte Selke in den Bewilligungsausschuss gewählt. Ich freue mich sehr, dass erstmals auch Vertreterinnen der Gruppe der ehemaligen Heimkinder Berücksichtigung in einem solchen Gremium auf Bundesebene finden. Darüber hinaus wurden weitere Personen gewählt, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit eine besondere Expertise einbringen können, die für die Arbeit des Bewilligungsausschusses wertvoll sein kann. Ich freue mich sehr, dass Phillip Kraft (Geschäftsführer der Deutschen Härtefallstiftung der Bundeswehr), Peter J. Anders (Leiter des Fachbereichs Soziale Entschädigung beim Landschaftsverband Rheinland), Yvonne Laue (Bürgerberaterin Härtefallfonds beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten), Stefanie Knorr (Beratungsstelle Gegenwind) und Philipp Mützel (Ass. jur. beim Beck-Verlag, Bürgerbüro e.V.) zukünftig Mitglied im Bewilligungsausschuss sein werden.

Mein Dank gilt allen, die den Prozess der Einrichtung des Fonds so konstruktiv

und mit vielen wichtigen Hinweisen begleitet haben. Besonders danken möchte ich, neben meinen Mitarbeitern, dem Geschäftsführer der Stiftung Michael Schumny und seinem Team. Dadurch, dass die Stiftung seit Sommer nicht mehr zum Bundesinnenministerium, sondern zum Bundestag gehört, war und sind eine Vielzahl an organisatorischen Fragen zu klären. Dadurch, dass die StepV die erste Stiftung direkt beim Bundestag ist, mussten viele neue Wege beschritten werden. Gemeinsam sind wir aber auf einem guten Weg!

Immer wieder erlebe ich, dass Betroffene für sie wichtige Unterstützungen nichts beantragen. Teils, da sie nicht ausreichend informiert sind und teils aus Scham, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Meine Bitte an Sie als Leserinnen und Leser des Stacheldrahts ist daher: Ermutigen Sie Betroffene, die wirtschaftlich bedürftig sind, sich an die Stiftung zu wenden und sich zum Härtefallfonds beraten zu lassen. Dieser Fonds ist genau für sie gemacht!



Katrin Budde, Petra Morawe, Andrea Rugbarth, Dieter Dombrowski und Niels Schwiderski nach der Stiftungsratssitzung am 06. November 2025. ©Team Zupke

Alle Informationen zu der Richtlinie und das Antragsformular finden Sie auf der Internetseite der für die Beantragung zuständigen Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte (StepV) unter www.stepv.de.

Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte
Menuhinstr. 6, 53113 Bonn
Telefon: 0228 – 36 89 370

Fax: 0228 – 36 89 399
E-Mail: info@stepv.de

Beratungsteam und Informationen bei der UOKG unter <https://www.uokg.de/beratungsteam/> und <https://www.uokg.de/beratungsteam/aktuelle-infos/>

Ihre Evelyn Zupke

Mais ist Wurst am Stiel

„Ohne Gott und Sonnenschein, holen wir die Ernte ein.“ So lautete eine der politischen Parolen in der DDR-Landwirtschaft der fünfziger Jahre. Der sowjetische Diktator Nikita Sergejewitsch Chruschtschow und sein deutscher Ableger in der DDR, Walter Ulbricht, sahen sich dabei als die größten Kenner der Landwirtschaft in ihrem Herrschaftssystem.

Am 25. September 2025 fand im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Neubran-



Das Foto zeigt: Michael Köllner (Leiter Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Neubrandenburg) und Dr. Jens Schöne (stellvertretender Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur).
Foto von: André Rohloff

denburg ein aufschlussreicher Vortrag von Dr. Jens Schöne, dem stellvertretenden Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, statt. Im Zentrum seines Referats stand die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die bis 1948 zur Enteignung von über 10.000 landwirtschaftlichen Privatbetrieben führte. Wobei der Impuls zur Enteignung nicht von den deutschen Kommunisten aus Ost-Berlin ausging, sondern aus Moskau, sowie die spätere Zwangskollektivierung. Diese kommunistischen Propaganda Zwangsmaßnahmen, die ohne Entschädigung durchgeführt wurden, zwangen viele Besitzer zur Flucht und ermöglichten die Schaffung von mehr als 200.000 Neubauernstellen. Die Bodenreform stellte einen der gewaltigsten Transformationsprozesse dar, die zwischen Elbe und Oder stattfanden, wobei Mecklenburg-Vorpommern als Kernland fungierte.

Dr. Schöne erörterte eingehend die Entstehung der Bodenreform und die daraus resultierenden gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen. Er beleuchtete die Frage, ob diese Reform als ökonomische Notwendigkeit zu betrachten sei oder ob sie vielmehr ein politisches Kalkül der damaligen Machthaber darstellte. Diese

„Reform“ war keine ökonomische Notwendigkeit, sie war vielmehr politisches Kalkül der damaligen Machthaber, die sich als die großen Kenner der Landwirtschaft sahen. Der Referent sprach die repressiven Maßnahmen der Stasi während dieser Zeit an, auf die Auswirkungen zum 17. Juni 1953 und hinterfragte, inwieweit die Behörden im Rahmen der Kollektivierung agierten. Ein weiterer wichtiger Aspekt, den Dr. Schöne ansprach, war die nachhaltige Wirkung der Kollektivierung, die nicht nur in der DDR spürbar war, sondern auch in der Gegenwart ihre Spuren hinterlässt.

Durch die lebendige Darstellung der historischen Ereignisse ermöglichte Dr. Schöne den Zuhörern, die Komplexität und Tragweite der Bodenreform besser zu verstehen. Seine Ausführungen regten zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit der Thematik an und zeigten, wie wichtig es ist, die Geschichte der SED-Diktatur umfassend zu erforschen und aufzuarbeiten. Der Vortrag vermittelte somit nicht nur Informationen, sondern auch einen kritischen Blick auf die Auswirkungen von politischen Maßnahmen auf die Gesellschaft.

André Rohloff
(Landesvorsitzender der Vereinigung
der Opfer des Stalinismus e.V.
im Landesverband Mecklenburg-
Vorpommern)

Die Feuerwehrgerätefabrik Hermann Koebe Luckenwalde

Die Fabrikstadt Luckenwalde mit ca. 10.000 Einwohnern und etwa 50 Fabrikschornsteinen ist der rechte Ort um einem weiteren Handwerksmeister den Broterwerb zu sichern. Am 11. Juni 1878 gründet der 26-jährige, in Herzberg/ Elster geborene Hermann Koebe in der Wilhelmstraße 9 eine kleine Metallgießerei und Kupferschmiede. Dieser bescheidene Anfang ist der Grundstein für eine Fabrik, die sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer der großen Hersteller für Feuerwehrfahrzeuge und -pumpen in Europa entwickelt, mit bis zu 600 Beschäftigten. [...]

Bei Kriegsende weigerte sich Hermann Koebe, die befohlene Zerstörung seiner Fabrik einzuleiten. Bereits Anfang Mai 1945 wurde auf Befehl der sowjetischen Kommandantur die Arbeit wieder aufgenommen. Sie begann unter schwierigsten Verhältnissen zunächst mit Repara-

turen von Motorspritzen und der Fertigstellung angefangener Pumpen und Tragkraftspritzen-Anhängern. [...]

Am 09. September 1946 wurde dem Unternehmen als Mitteilung des Präsidenten der Provinzialverwaltung Brandenburg der Beschluss der Provinzkommission über die entschädigungslose Enteignung (Konfiskation) zugestellt. [...]

Unzählige „Alteigentümer“-Familien haben nach dem Diebstahl ihres ostdeutschen Eigentums in Westdeutschland Betriebe in ihrer alten Branche gegründet und waren nach der Wende hoch motiviert und prädestiniert, in ihrer Heimat wieder mitzumachen. Dabei wären „blühende Landschaften“ und Arbeitsplätze entstanden. Es hätte zwingend sein müssen, mit der Wiedervereinigung alles zu tun, damit jener Mittelstand dorthin zurückkehrt, wo er politisch verfolgt und vertrieben worden war. Ein schlimmes Versagen der politischen Klasse mit verheerenden volkswirtschaftlichen Folgen. Verursacht auch durch geschwundene Moral der Politiker, die dieses Desaster zu verantworten haben. Wo ist der Respekt geblieben vor dem 8. Gebot „Du sollst nicht stehlen“? [...]

Vergebliches Bemühen um Gerechtigkeit und die Chance, in der alten Heimat Traditionen fortzusetzen. Weder das Verfassungsgericht, noch die Verwaltungs- und sonstige Gerichte haben die Kraft und oft auch nicht den Willen aufgebracht, die Festschreibung kommunistischen Unrechts zu verhindern. [...]

Zum Schluss möchte ich anmerken, dass die letzten 15 Jahre in dieser Angelegenheit mit viel Zeitaufwand und Kosten verbunden waren. 12 Aktenordner haben sich bei mir dick gefüllt. Meine Frau Elke ist mir dabei immer ohne Murren über die ganze Zeit hilfreich zur Seite gewesen. Dafür möchte ich ihr sehr danken. Unsere gemeinsame Zeit hätten wir auch anders verbringen können, als uns jahrelang nervenaufreibend gegen eine unmoralische politische Klasse in einem Staat wehren zu müssen, der sich als Rechtsstaat bezeichnet. Einen Staat, der im Umgang mit privatem Eigentum kommunistischen Systemen und marxistischem Gedankengut näher zu ste-

hen scheint, als man sich das in seinen schlimmsten Träumen hätte vorstellen können.

Unser Staat geht bei der Behandlung der Opfer kommunistischer Willkür und Menschenrechtsverletzungen sogar soweit, die kleinen sogenannten „Ausgleichsleistungen“ (ca. 1-3% vom heutigen Verkehrswert) von „Würdigkeitsprüfungen“ abhängig zu machen. Wie unwürdig, kann ich da nur sagen. Was will man uns eigentlich noch zumuten?

Reicht es nicht, dass die zwischen 1945 und 1949 Bestohlenen – und dabei handelt es sich um 635.000 Fälle – noch immer vom Staat pauschal als „Kriegsverbrecher“ oder Nazikollaborateure behandelt werden? Es muss wohl an dieser Denkweise liegen und daran, dass die Verantwortlichen kein Bewusstsein dafür hatten und haben, wenn aus fiskalischen Gründen größtes Wirtschaftsrecht zu Recht erklärt wurde und wird.

Der große Ökonom, Nobelpreisträger und bedeutender Vertreter des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek (1899–1992), hat einmal festgestellt, „dass genau die Länder große wirtschaftliche Fortschritte machen, in der Geschichte von Gesellschaften sich prosperierend entwickelt haben, in denen die Familie hochgehalten wird, in denen Eigentum und Erbrecht hochgehalten werden und in denen Aufrichtigkeit praktiziert wird“.

Trotz großer Enttäuschung und Frustration werde ich versuchen, die Hoffnung darauf nicht aufzugeben: Die Feuerwehrgerätefabrik Hermann Koebe Luckenwalde. Berichte und Erinnerungen von Dr. Hermann Koebe IV, Brühl/Baden, 26. Juni 2005.

Die ganze Geschichte unter:
<https://magentacloud.de/s/NsYCFHpBqY7tgkr>

Koebe-Archiv – in Jahrzehnten zusammengetragen – aus ganz Europa. Es existieren noch über 800 Koebe-Fahrzeuge und -Geräte.

Kontakt Mail: dr.koebe@gmx.de

Auszug mit freundlicher Genehmigung von Hermann Koebe IV.



Ein Plakat der ehemaligen Firma Koebe aus Luckenwalde. Das Plakat gehörte zu einem Abreißkalender. Der Kalender befand sich unterhalb der Fahrzeugabbildung. Ein Hinweis auf das Fabrikat des Fahrgestelles ist nicht vorhanden. Dieser Fahrzeugtyp wurde aber in großen Stückzahlen produziert, überwiegend auf Mercedes-Fahrgestell. Das Plakat zeigt das Fahrzeug Anfang der 40er Jahre. Es existiert auch ein Film mit diesem Abreißkalender, wie er in den Abteilen der Reichsbahn hing.

Neuer Bundesvorstand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)

Die erste Briefwahl in der 75-jährigen Geschichte unseres SED-Opferverbandes gehört nun schon ein paar Tage der Vergangenheit an. Am 15. Oktober 2025 wurden im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus die eingegangenen 237 gültigen Briefwahlstimmen von einer dreiköpfigen unabhängigen Wahlkommission unter der Aufsicht des bestellten Wahlleiters Detlef von Dechend vom VOS-Landesverband NRW akribisch und korrekt ausgezählt. Die erstplatzierten drei Kandidaten für den neuen Bundesvorstand haben die Wahl angenommen. Der neue Bundesvorsitzende der VOS für die nächsten 3 Jahre heißt **Toralf Steinforth** vom

die am dringendsten anstehenden Verbandsaufgaben priorisieren. Dazu gehört die namentliche Registrierung der gewählten neuen Vorstandsmitglieder im Vereinsregister Berlin-Charlottenburg einschließlich der Einreichung einer Original-Kopie des Wahlprotokolls vom 15. Oktober d.J. sowie der neuen Vereinsatzung. **Satzungskonform wurden bundesweit die Verbandsmitglieder auf unserer Homepage als auch per E-Mail – sofern die Adressen verfügbar sind – bereits einen Tag nach der Stimmenauszählung über das offizielle Wahlergebnis informiert.**

mehr als 50 % der noch aktiven Vereinsmitglieder dagegen aussprechen. D.h. im Umkehrschluss, dass von Euch, wenn Kritik an unserer Arbeit in den letzten fast 4 Jahren nicht unerwähnt bleiben sollte, diese in den nächsten Wochen vorgebracht werden muss! Erst nach einer angemessenen Reaktionszeit und positivem „Feedback“ werden sich die Alt-Vorstandsmitglieder den Aufgaben des neugewählten Bundesvorstandes unbelastet widmen können.

Die der Situation im Verband angepasste neue Satzung wurde verabschiedet. Damit wurde der zum Jahresbeginn nun



Vorstandsmitglied Felix Heinz Holtschke aus Düsseldorf vom Landesverband Nordrhein-Westfalen



Der neue Bundesvorsitzende der VOS Toralf Steinforth aus Magdeburg vom Landesverband Sachsen-Anhalt



Vorstandsmitglied May-Britt Krüger aus Rostock vom Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Landesverband Sachsen-Anhalt. An seiner Seite werden zukünftig **May-Britt Krüger** als auch der **Verfasser** dieser Erklärung stehen. Der laut Stimmenauszählung Viertplatzierte **Renald Heilmann** sowie die gewählte **Rotraut von Dechend**, beide vom Landesverband NRW, haben ebenso die Bereitschaft erklärt bzw. die Wahl angenommen, als Beisitzer für den neuen Bundesvorstand tätig zu werden.

Der neue Bundesvorstand wird sich per Video-Konferenz konstituieren und

Noch rechtzeitig vor dem Auszähltermin der Briefwahlstimmen wurde der Rechenschaftsbericht als auch die Vereinskassenbilanz von der letzten Legislaturperiode auf gleichem Wege veröffentlicht. **Der Bericht des Kassenprüfers** der Vereinskasse steht unmittelbar vor Fertigstellung und wird danach ebenso umgehend veröffentlicht, selbstverständlich auch **in der nächsten Freiheitsglocke**. Entsprechend der neuen Satzung § 8 (1) darf sich der alte Bundesvorstand als entlastet betrachten, sofern nicht

schon 75 Jahre alt gewordenen **Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.** nach dem Umbruch der letzten 15 Monate durchaus kraftvoll neues Leben und wieder Zukunftsfähigkeit eingehaucht. Dafür sei allen Kameradinnen und Kameraden, die dafür uneingeschränkt und loyal mitgewirkt haben, herzlich Dank gesagt!

Text und Fotorechte: Felix Heinz Holtschke, Düsseldorf, den 19.10.2025
Stellv. VOS-Bundesvorsitzender

Hinweis

Jahresabschlussveranstaltung VOS – Wir laden am Samstag, dem 06. Dezember 2025, Beginn um 10.00 Uhr, in die Ratsstube am Johannisplatz 1, in 09111 Chemnitz (Empfang ab 09.30 Uhr) ein. Wir wollen auf 2025 Rückblick nehmen und freuen uns auf das Wiedersehen.

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Sybille Krägel erhält Bundesverdienstkreuz am Bande



V.l.n.r Prof. Jozef Musielok, Dorothea Matheja, Sybille Krägel, Dieter Dombrowski, Dr. Grzegorz Kupczyk, Foto: Sandra Czech, UOKG

Am 15. September 2025 wurde Sybille Krägel von der „Initiativgruppe NKWD-Lager Tost 1945“ im Hamburger Rathaus mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Die 88-Jährige erhielt die Ehrung für ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement bei der historischen Aufarbeitung des ehemaligen sowjetischen NKWD-Lagers Tost/Toszek in Polen.

Seit über 30 Jahren widmet sich Krägel der akribischen Rekonstruktion der Lagergeschichte. Aus einer persönlichen Spurensuche nach dem Schicksal ihres Vaters, der 1945 in Toszek ums Leben kam, entwickelte sie eine umfassende Forschungsarbeit. Sie entzifferte russische Häftlingslisten, identifizierte hunderte Opfer, dokumentierte Schicksale und trug zur Errichtung eines würdigen Gedenkortes bei. Ihre Liste umfasst inzwischen mehr als 4.500 Namen der Internierten.

Krägel organisiert zahlreiche deutsch-polnische Gedenkfahrten, pflegt enge Kon-

takte zu Überlebenden und Angehörigen und wirkt maßgeblich an Publikationen sowie der Vorbereitung von Suchmaßnahmen nach Massengräbern mit. Für ihre Arbeit wurde sie bereits zur Ehrenbürgerin der polnischen Stadt Toszek ernannt.

Mit ihrer Beharrlichkeit und Menschlichkeit hat Sybille Krägel nicht nur unzähligen Familien Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen verschafft, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur deutsch-polnischen Versöhnungskultur geleistet. Ihre Auszeichnung im Hamburger Rathaus würdigt diese herausragenden Verdienste.

Wir gratulieren Sybille Krägel von ganzem Herzen für die verdiente höchste Auszeichnung und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

Quelle: <https://tinyurl.com/mrhdtufy>,
Mitteilungen von Sebastian Sachse,
UOKG

Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.

Die letzten Jahre und Monate haben deutlich gemacht, wie wichtig die grundlegende und konkrete Beschäftigung mit den Problemen und bis heute ungelösten Fragen in den neuen Ländern sich auswirkt. Da aber zusammen wachsen muss was zusammengehört und eine Sonderrolle der Länder im früheren Beitrittsgebiet auf die Dauer nicht dem Land und seiner Zukunft dient, greifen wir hier in entscheidender Weise in die Entwicklung ein. Wie zeigen hier einen Ausschnitt mit dem Stand des Erreichten in Plänitz, wo hervorgeht, dass noch eine starke abschließende Aufgabe auf uns alle wartet.

Wie allgemein bekannt und auch deutlich gemacht: Manche Veränderungen und die Erhöhung von Kosten beim Aus-, Um-, und Neubau waren zwar zu befürchten, konnte aber in diesem Umfang nicht vorausgesehen werden. Es musste mehrfach nachgeschärft werden, daher sehen wir

uns heute vor der Situation, Sie und Ihre Familien quasi um eine letzte fördernde Mithilfe zu bitten. Dass Sie auch für die Allgemeinheit einen positiven Beitrag zur Verwirklichung der Einheit leisten und entsprechend auch eine Spendenbescheinigung über die Fördergemeinschaft verwerten können, sei ebenso vermerkt wie der Hinweis darauf, dass die deutschlandweite Bedeutung des Auf-, und Aus-

baus unseres ländlichen Zentrums wichtig bleibt

Hier noch einmal die Kontodaten:

Bankverbindung: Raiffeisenbank OPR,
IBAN: DE 68 1606 1938 0103 0127 94

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen das ARE/FRE-Team mit
Manfred Graf von Schwerin



Bauvorhaben Plänitz 2024 bis Herbst 2025, 165 m². Neueindeckung des Herrenhauses mit neu errichteten Schornsteinköpfen und Entwässerung. Fotorechte ARE

Nachruf auf Egon Seel

Am 20. Oktober 2025 hat uns unser treuer Kamerad Egon für immer verlassen. Geboren am 22. Februar 1937 hat er ein Leben voller Herausforderungen und Werte geführt. Egon war nicht nur ein Überlebender, sondern auch ein unermüdlicher Kämpfer für die Rechte der Opfer des Stalinismus. Sein Engagement und seine Entschlossenheit waren inspirierend und haben viele Menschen berührt.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. nimmt in tiefem Schmerz Abschied von ihm. In einer Zeit, in der die Erinnerungen an die dunklen Kapitel der Geschichte oft verblasen, hat er nie aufgehört, dass Licht der Wahrheit und Gerechtigkeit zu verbreiten. Sein unerschütterlicher Glaube an den Wert der Menschlichkeit und die Notwendigkeit, aus der Vergangenheit zu lernen, wird in unseren Herzen weiterleben.

Unsere Gedanken sind in diesen schweren Stunden bei seiner Familie. Möge der Trost der Gemeinschaft und die Erinnerung an sein bemerkenswertes Leben ihnen Kraft geben. Egon wird uns fehlen – nicht nur als Kamerad, sondern auch als Freund und Mentor. Wir werden sein Andenken bewahren und seinem Lebenswerk weiterhin die Ehre erweisen, die ihm gebührt.

Im Namen des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

André Rohloff (Landesvorsitzender)

Nachruf Heini Fritsche

Am 21. August 2025 starb Heini Fritsche im Alter von 95 Jahren. Nach schwerer Krankheit fand er nun seine letzte Ruhe.

Heini Fritsche wurde am 02. Oktober 1929 in Leipzig geboren. Im Dezember 1945 trat er der SPD bei und wurde nach der Zwangsvereinigung in die SED übernommen, der er bis zu seiner Inhaftierung im August 1951 angehörte. Seit 1949 hatte er Kontakte zum Ostbüro der SPD und zum RIAS und gab Informationen zu den politischen Geschehnissen in der sowjetischen Besatzungszone weiter. Er selbst sagte in einem früheren Gespräch dazu: **„Zu sehr war mir bewusst, dass man uns eine neue Diktatur überstülpte, dabei unter falscher Flagge des Antifaschismus segelte und den Begriff Demokratie pervertierte, ...“**. Dem wollte er und seine Freunde damals etwas entgegensetzen.

Am 15. August 1951 wurde der 21jährige Heini Fritsche von der Staatssicherheit in Potsdam verhaftet und einige Tage später dem sowjetischen Ministerium für Staatssicherheit (MGB, Vorläufer des KGB) übergeben. Ein sowjetisches Militärtribunal verurteilte ihn wegen Spionage, antisowjetischer Propaganda und konterrevolutionärer Sabotage nach den Artikeln 58-6 Abs. 1, 58-10 Abs. 2, 58-11 und 58-14 des Strafgesetzbuchs der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) zu 25 Jahren Freiheitsentzug in einem Arbeitsbesserungslager (ITL). Der Abtransport in die Sowjetunion erfolgte am 24.03.1952, am 11.05.1952 kam er in Workuta am Polarkreis an. Dort leistete er im 29. Schacht/Lager 10 schwerste Zwangsarbeit im Kohlebergbau. Bei der blutigen Niederschlagung des Streiks am 01.08.1953 erlitt er schwere lebensbedrohliche Schussverletzungen. Noch

zwei weitere Jahre musste er in dieser unwirtlichen Lagerregion fernab der Heimat verbringen. Erst nach den Adenauer-Verhandlungen im September 1955 in Moskau konnte auch Heini Fritsche im Oktober 1955 die Heimreise aus Workuta antreten. Er ließ sich mit der Rückkehr in die Bundesrepublik entlassen und wurde später Kriminalkommissar. 1993 wurde er durch die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert.

Rückblickend äußerte er, dass er und seine Freunde im Nachkriegsdeutschland durch die Offenlegung der geheimen Vorgänge helfen wollten, dem SED-Regime die Maske vom Gesicht zu reißen und mit ihrem Wissen einen Beitrag zur Warnung der wiedererstandenen Demokratie im Westen zu leisten. Und: **„Wir wussten von Anfang an, dass wir unsere Freiheit, sogar unser Leben aufs Spiel setzen würden. Dennoch waren wir entschlossen.“** Es war ein hoher Preis, den sie dafür zahlen mussten.

Seit den 1990er Jahren setzte sich Heini Fritsche sehr engagiert für die Rehabilitierung seiner Kameraden ein. Er übersetzte die Rehabilitierungsbescheide, die aus Moskau eintrafen und bemühte sich, die Angehörigen der rehabilitierten Gulag-Häftlinge ausfindig zu machen, um ihnen die Bescheide zusenden zu können. 2003 erhielt er das Bundesverdienstkreuz für seine ehrenamtliche Tätigkeit in diesen Rehabilitierungsangelegenheiten.

In dieser Zeit der frühen 1990er Jahre liegt auch meine erste Begegnung mit Heini Fritsche. Durch seine Suche nach den Adressen der Familien der Rehabilitierten wandte er sich auch an unsere Landesbeauftragtenbehörde. So viel

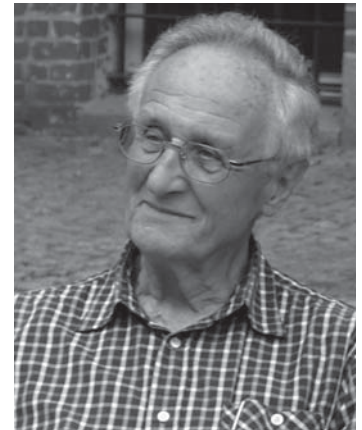
konnte ich als Vertreterin einer späteren Generation von ihm lernen. Er beeindruckte mich mit seiner gradlinigen Haltung, seinem klaren Blick auf die politischen Verhältnisse in der Sowjetunion/Russland. In politischen Diskussionen hatte er sich stets klar geäußert, aber er konnte auch trennen zwischen den politischen Verhältnissen und den russischen Menschen.

Wir haben so viele Erinnerungen an ihn, an Begegnungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen der Lagergemeinschaft Gulag, an viele Gespräche miteinander, an seine Freundlichkeit. Er war ein wertvoller Zeitzeuge und es war so wichtig, dass er seine Erinnerungen aufgeschrieben hat und wir diese an jüngere Generationen weitergeben können. In dieser Zeit der Trauer denken wir besonders an seine Ehefrau Hubertine Fritsche, die nun nach 62 gemeinsamen Ehejahren von ihrem Mann Abschied nehmen musste.

Wir werden Heini Fritsche mit seinem großen Engagement und unseren Eindrücken aus vielen Begegnungen und Gesprächen in guter und dankbarer Erinnerung behalten.

Anne Drescher, September 2025

Den Nachruf von Anne Drescher (ehemalige Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern) können Sie auch auf der Homepage der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion e.V. unter AKTUELLES mit Eintrag vom 16.09.2025 nachlesen: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>



Heini Fritsche. Bildrechte Lagergemeinschaft Workuta/Gulag

Ehrung für Edda Ahrberg

Am 17. September 2025 ehrte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff Edda Ahrberg mit dem Verdienstorden des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Auch die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion gratuliert Edda Ahrberg herzlich zur verdienten Auszeichnung. Mit der Lagergemeinschaft Workuta war und ist Edda Ahrberg seit Beginn ihrer Ernennung zum Landesbeauftragten

stets eng verbunden gewesen und hat sie stets tatkräftig unterstützt. Es war maßgeblich ihr Verdienst, dass eine Delegationsreise der Lagergemeinschaft aus Anlass des 60. Jahrestages der Niederschlagung des Aufstandes am 1. August 2013 bei der Gedenkfeier in Workuta anwesend war.

Auch der Landesbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der

SED-Diktatur, Johannes Beleites, begrüßte die Ehrung von Frau Edda Ahrberg.

Mehr dazu können Sie unter AKTUELLES auf unserer Homepage mit Eintrag vom 20.09.2025 lesen: <https://workuta.de/aktuelles/index.html>

Stefan Krikowski

Hinweise und Korrekturen

Beitrag „34. Jahrestages der Ukraine“, Ausgabe 7/25, S. 17: Richtig heißen muss es: „Am Vorabend des 34. Jahrestages der Unabhängigkeit der Ukraine fand am 23. August 2025 in Erfurt im Zughafen ein Deutsch-Ukrainischer Erlebnistag statt.“ Das Foto zeigt die ukrainische Sängerin Viktoria Brekhar unter ihrem Künstlernamen „BRAVIKS“.

Beitrag „Mord im staatlichen Auftrag“, Ausgabe 7/25, S. 19: Die Anweisung „Todesstrafe aus erzieherischen Gründen“ stammt von Erich Mielke. Mielke ist daher der eigentlich Verantwortliche für den Ausspruch der Todesstrafe durch das damalige Bezirksgericht Erfurt. Vorsitzender Richter der damaligen Spruchkammer war Richter Ketzler. Aufgrund der Strafanzeige der Ehefrau Waltraud Smolka und der Tochter Ursula Franz fand im Jahre 1993 vor dem Landgericht Erfurt ein Strafverfahren gegen den damaligen Staatsanwalt Wieseler statt. Dank an Herrn Roland Lange für die Ergänzung.

Auf Grund der aktuellen finanziellen Situation wird der Stacheldraht 2025 mit nur 8 Ausgaben erscheinen. Für 2026 wird die reguläre Herausgabe von 9 Ausgaben angestrebt.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. **Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Archiv: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2024 als PDF-Dokument online im Archiv abgerufen werden unter: www.uokg.de/stacheldraht/

Unsere Webseite: www.uokg.de

Rubriken: Aktuelles, Beratung, Verein, Projekte, Stacheldraht, Videos, Publikationen, Kontakt

Newsletter: www.uokg.de/publikationen/newsletter/

Wochenrückblick: <https://www.uokg.de/wochenrueckblick/>

Aktuelle Videos der UOKG unter: <https://www.uokg.de/videos/aktuell/>

Wir sind in den Sozialen Medien aktiv! Folgen und abonnieren Sie uns, liken und teilen Sie gern unsere Beiträge!

UOKG auf YouTube: www.youtube.com/@UOKGnews/

UOKG auf Facebook: www.facebook.com/UOKGeV/

UOKG auf Instagram: www.instagram.com/UOKGeV/

UOKG auf LinkedIn: www.linkedin.com/company/UOKGeV/

ABONNENTEN können die jeweils aktuelle Ausgabe als **PDF-Dokument** zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung an **E-Mail:** der-stacheldraht@uokg.de

ABO-KONTO: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC: DEUTDE33HAN

Verwendungszweck „ABO Stacheldraht“ oder „Stacheldraht-Spende“

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand

Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

Der Wochenrückblick ist ein E-Mail-Pressespiegel, der Institutionen und Interessierte rund um das Thema DDR-Aufarbeitung informiert. Im Fokus stehen dabei die Opfer der SED-Diktatur. Er ist kostenlos und erscheint insgesamt in 50. Kalenderwochen im Jahr (Abweichungen möglich). Sie wollen den Wochenrückblick direkt auf Ihre Email erhalten? Sehr gerne nehmen wir Sie in unseren Verteiler auf. Dafür schicken Sie uns einfach eine **E-Mail an:** wochenrueckblick@uokg.de. Der Wochenrückblick wird herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40. **Internet:** www.uokg.de/wochenrueckblick/

Redaktionsschluss Impressum letzte Seite. Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.

Menschenrechtszentrum Cottbus ruft zu Spenden für mobiles Röntgengerät auf

Das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. bereitet in Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und dem Meißener Verein „Lebensfahrten“ derzeit den nächsten Hilfstransport in die Ukraine vor. Bereits Ende September startete eine weitere Tour mit dringend benötigten medizinischen Gütern. Besonders im Fokus standen diesmal die Beschaffung eines mobilen Röntgengerätes für ein Krankenhaus nahe der Frontlinie in der Region Donezk. Hierfür bittet das Menschenrechtszentrum weiterhin um Spenden.

Bei seiner letzten Fahrt im August hatte MRZ-Mitglied Jens Leisenberg insbesondere zahlreiche Hilfsgüter für Kinder in ukrainischen Waisenhäusern überbracht. Dank der großen Spendenbereitschaft war es möglich, zwei Waisenhäuser mit wichtigen Dingen zum Schulstart auszustatten. So wurden Schulrucksäcke, vollständige Sets an Schreibwaren sowie Schuhe angeschafft.


Geschäftsführerin Heide Schinowsky dankte allen Unterstützerinnen und Unterstützern herzlich und betonte, wie wichtig die kontinuierliche Unterstützung gerade mit Blick auf die sich weiter verschärfende Lage sei. Die Freude der Kinder war riesig – ihre strahlenden Gesichter waren der schönste Dank an alle, die sich beteiligt haben.

Seit Beginn des Krieges unterstützt das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. u. a. das Kinderkrankenhaus in Odessa. Die Hilfstransporte mit überwiegend medizinischen Gütern sind erfolgreich vor Ort angekommen.

Spenden sind weiterhin willkommen auf das Konto des Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. Sparkasse Spree-Neiße, IBAN: DE92 1805 0000 3000 0414 50 BIC: WELADED1CBN Stichwort: „Ukrainehilfe“.



„Kinder in Ukraine“. Foto: Jens Leisenberg“

Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ)
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus
Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus
Internet: <https://tinyurl.com/4rk6zt66>
Tel.: +49 (0) 355 290 133 0 

Alles, um zu überleben...

Reinhard Wolff, Jahrgang 1929 und aufgewachsen in einem Dorf bei Berlin, wurde 1945 als Jugendlicher vom sowjetischen Geheimdienst festgenommen – fälschlicherweise unter dem Vorwurf, der Untergrundorganisation „Werwolf“ anzugehören. Er kam in das sowjetische

Speziallager Sachsenhausen, wo er bis zu seiner Entlassung im Jahr 1948 unter den harten und menschenunwürdigen Bedingungen des Lagers überlebte.

Die Historikerin Anja Thuns führte zahlreiche Gespräche mit Wolff und betrieb umfassende Archivrecherchen. In ihrem Buch schildert sie nicht nur seine Kindheit im Nationalsozialismus und die Jahre der Haft, sondern auch den weiteren Lebensweg in zwei sehr unterschiedlichen politischen Systemen. Herausgekommen ist ein eindrucksvolles Porträt, das persönliche Erfahrungen von Leid und Überleben mit historischer Analyse verknüpft.

Anja Thuns

Ein Holzkoffer als Hoffnungsschimmer

Reinhard Wolff als Jugendlicher im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen 1945–1948

Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Band 34



METROPOL

.....
Anja Thuns: Ein Holzkoffer als Hoffnungsschimmer. Reinhard Wolff als Jugendlicher im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen 1945–1948, Berlin 2023, ISBN: 978-3-86331-713-3
.....

UOKG e.V.

Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin-Lichtenberg
U5 und Bus 240 Magdalenenstraße

UOKG-Geschäftsstelle

Tel. (030) 55 77 93 51
Fax (030) 55 77 93 40
E-Mail info@uokg.de
Internet: www.uokg.de/verein/geschaeftsstelle/
Mo, Di, Mi 10.00–16.00 Uhr
Do, Fr 10.00–14.00 Uhr

UOKG-Beratungsstelle

Internet: www.uokg.de/verein/beratungsteam/
Persönliche Termine für Beratungen nur nach telefonischer Absprache

Juristische Beratung

Martina Kegel, Juristin
Telefonische Sprechzeiten: Di, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

DDR-Zwangsadoption und Heimkinder

Cornelia Kurtz
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10.00–15.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
E-Mail: kurtz@uokg.de

Psychoziale Beratung/Soziale Beratung

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Mi, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52, E-Mail: maltusch@uokg.de

Psychoziale Beratung/Soziale Beratung

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Fr, 10.00–12.00 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Die Geschäftsstelle wird von der Beauftragten für Kultur und Medien und die Beratungsstelle vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT oder die UOKG gespendet oder den Stacheldraht abonniert haben. Im 1. Quartal des Folgejahres wird eine Spendenbescheinigung ausgestellt, wenn die Anschrift bekannt ist.

Zitat

„Je weiter du zurückblicken kannst, desto weiter wirst du vorausblicken.“

Sir Winston Spencer Churchill, (1874-1965), Schriftsteller, Politiker, Britischer Premierminister von 1940–1945 und 1951–1955. Er erhielt für sein sechsbändiges Werk „The Second World War“ 1953 den Nobelpreis für Literatur.

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“ – Überblickführung

Die Bernauer Straße war einer der Kristallisationspunkte der deutschen Teilung. Hier kann die Bandbreite der Folgen des Mauerbaus exemplarisch aufgezeigt werden: Die Zerstörung von Stadtraum und Lebenswegen, die Trennung von Familienangehörigen und Freunden sowie die Versuche, die Mauer zu überwinden.

www.stiftung-berliner-mauer.de/de/gedenkstaette-berliner-mauer/besuch/fuehrungen

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
 Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
 Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
 Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Internet: www.uokg.de
 E-Mail Redaktion: der-stacheldraht@uokg.de
 E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
 Konto: UOKG e.V.
 IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
 BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
 Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
 E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
 E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis: aktuell Jahresabo 10 Euro inkl. Postversand, Einzelausgabe 1,50 Euro inkl. Postversand
 Jahresabo 9 Euro elektronische Ausgabe (pdf), Einzelausgabe 1 Euro elektronische Ausgabe (pdf)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 08/2025: 31. Oktober 2025
 Redaktionsschluss Ausgabe 01/2026: 16. Januar 2026

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

